

Die Grünen - woher sie kommen - wer sie sind - wo sie hingehen

18 Jahre nach ihrer Gründung sind die Grünen zur dritten Kraft im deutschen Parteiensystem geworden. Über ihre Geschichte und Perspektiven debattierten grüne und nichtgrüne Politiker in Würzburg. In zahlreichen Foren - angefangen von der Gründerzeit („Wie alles anfing“) bis hin zu den Schwierigkeiten heutiger politischer Praxis und Regierungsverantwortung („Von den Mühen in der Ebene“) wurde die Entwicklung der Grünen nachgezeichnet. Aus der Politik waren u.a. vertreten Rezzo Schlauch, Gerald Häfner und Claudia Roth, Wirtschaft und Kultur vertraten neben anderen Fritz Schösser, Claus Hipp, Christoph Vitali und Bruno Jonas.

Siehe Seite 3



*Geschichte und Perspektiven der Grünen in der Debatte:
v.l.n.r. Rezzo Schlauch MdB (B90Grüne), Dieter Roth (Forschungsgruppe Wahlen), Josef Göppel MdL (CSU), Heinrich Oberreuter (Akademiedirektor), Albert Schmid MdL (SPD), Max Stadler MdB (FDP)*

Foto: Kühbauch

EU-Osterweiterung:

Einmal nicht die Wirtschaft

Die bislang vernachlässigten politischen und kulturellen Fragen der EU-Osterweiterung dominierten die Fachkonferenz, zu der die beiden Tutzinger Akademien, das Südost-Institut und die Südost-europa-Gesellschaft Referenten und Teilnehmer eingeladen hatten. Notwendige Klärungsprozesse sowohl in den Beitrittsländern wie auch in den Mitgliedsstaaten sind notwendig. Vor allem die jungen und noch labilen Demokratien der zweiten Erweiterungsrunde brauchen zukünftig eine spürbare und nicht allein ökonomisch begründete und bestimmte Integrationsperspektive.

Siehe Seite 16



Peter Butschkow/W. Baaske Cartoon

Radionachrichten im Blickpunkt:

Schnelligkeit contra Professionalität?

Perspektiven und unterschiedliche Philosophien von Nachrichtensendungen im Radio angesichts des immer stärker werdenden Wettbewerbs zwischen den Medien - das waren die zentralen Fragen eines Radio-Workshops, der gemeinsam von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Tutzinger Akademie veranstaltet wurde.

Siehe Seite 11

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Fachkongreß mit den Grünen:	
Von der APO zur Regierungspartei	3
Was bleibt von der Basisdemokratie?	5
Die Grünen - eine ganz normale Partei?	6
Bildungspolitik:	
Votum gegen die „Einhelz“-Schule	7
Reform von Parlamentarismus und Föderalismus in Deutschland:	
„Politikstillstand durch Reformunfähigkeit“ oder „Reformunfähigkeit durch Politikstillstand“?	8
Radio-Workshop:	
Immer schneller und aktueller - auch professioneller?	11
The Munich 1998 European Forum:	
Europäische Einheit „spleierisch“ verwirklicht	14
Osterweiterung der Europäischen Union:	
Über das Wirtschaftliche hinaus ...	16
Kommunalpolitischer Studententag in Landshut:	
Abschied von der Kameralistik	21
Gemeinden brauchen eine Steuerreform	22
Kommunale Selbstverwaltung bewahren	23
Volksentscheid:	
Die Alternativen auf dem Prüfstand	23
Jubiläumsjahr:	
Leitbilder in der Revolution von 1848/49	24
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	26
Themen - Tagungen - Termine	27
Zeitung-Echo - Medienstimmen - Presseplätze	30
Namen und Nachrichten	32
Anmeldehinweise	32
Akademie-Report	
Herausgeber:	
Akademie für politische Bildung Buchensee 1 82323 Tutzing Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14	
Redaktion:	
Prof. Dr.Dr.hc. Heinrich Oberreuter (verantw.)	
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)	
Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus	
Druck:	
Offsetdruck Schwarz GmbH Rohrauerstraße 70 81477 München	
Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben	

Fachkongreß mit den Grünen:

Von der APO zur Regierungspartei

„Garzweilerei“ - der Beweis für Politikfähigkeit

An diesem Samstag ist Sabine K., die 35-jährige, akademisch gebildete, erfolgreiche Abteilungsleiterin eines Dienstleistungsunternehmens einer westdeutschen Großstadt, nach langer Heimfahrt noch ganz erschöpft vom herbstlichen Kurzurlaub mit ihrem LAG (Lebensabschnittsgefährten). Morgen, am Sonntag, den 27. September 1998, wird sie etwas tun, wovor sie ihre Eltern immer gewarnt hatten: Sie wird „den Grünen“ ihre Zweitstimme für die Bundestagswahl 1998 geben.

Diese Konstruktion des typischen Grün-Wählers ist den Wahlforschern und Soziologen bereits seit einigen Jahren bekannt und ist (zum Mißfallen der Eltern von Frau K.) mit einer Ursache für die Erfolge, welche diese Partei seit Beginn der 90er Jahre feiert. „Die Grünen: Wo sie herkommen – wer sie sind – wo sie hingehen“. Der Tagungstitel, den die Akademie und der bayerische Landesver-

„Was die Partei am Beginn zusammenhielt, war Staatsknete.“
Peter Lösche

band der Grünen gewählt hatten, drückte aus, daß die Grünen sich „bewegen“, sich neue Politikfelder und neue Wählerschichten erschlossen haben. Wie erklärt sich der Weg der grünen Partei von der APO, von ihren Wurzeln in der Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung hin zur Regierungspartei und umworbenen Mehrheitsbeschafferin?

Wandlungsfähigkeit

Peter Lösche von der Universität Göttingen zeigte in seinem Vortrag die Wandlungsfähigkeit einer Partei, die in der Lage war, sich mit ihren Wählern zu verändern und - im Zeitalter postmaterialistischer Bewegungen - dem Entstehen neuer „sozialmoralischer“ Milieus Rechnung zu tragen. Die ursprüngliche Protestpartei, deren Wähler sich noch Mitte der achtziger Jahre als „sozial depriviert“ empfanden, sei heute eine Partei der „Besserverdienenden“, der „Gebildeten“ und der „Freidenker“. So hätten sich die Grünen im Lauf der Zeit zu einer Programmpartei für die neuen Mittelschichten entwickelt, die ihre Wählerschaft bei der städtischen Bevölkerung in den alten Bundesländern finde.



Peter Lösche: Partei der Besserverdienenden, Gebildeten und Freidenker.
Fotos: Kühbauch

Damit war die Diskussion bei einem Problem angelangt, dem sich die Grünen seit ihrer Gründung gegenübersehen: Sie konnten nie ihre regionalen Kerne, die westdeutschen Großstädte, verlassen. Während in Städten wie Hamburg die dortige GAL auf die 20-Prozent-Marke zusteuer, ist die Partei auf dem Lande, vor allem aber in den neuen Ländern, für die Wähler nicht attraktiv und hat im Gegensatz zu SPD, CDU und FDP keine funktionierenden Strukturen. „Die Grünen sind vom Einigungsprozeß völlig unvorbereitet getroffen worden“, so Hans-Joachim Veen, Leiter der Wissenschaftsabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. „In der Öffentlichkeit galten damals die Unionsparteien als Motor der Wiedervereinigung“. Gerald Häfner, Mitglied der grünen Bundestagsfraktion, beschrieb die Überraschung seiner Parteifreunde: „Die DDR war für die meisten von uns sehr weit weg und irgendwie romantisch, die Probleme in der Dritten Welt lagen uns näher als die vor der Haustür“. So brachte die

Ein genauer Geburtstag läßt sich zwar nicht festlegen, aber 15 Jahre Grüne in der Bundespolitik waren Anlaß genug, eine große Fachkonferenz über Entwicklung und Perspektiven der Bündnisgrünen zu veranstalten. Fachleute aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Kultur und Verbänden diskutierten drei Tage in Würzburg mit den und über die Grünen.

Vereinigungswahl von 1990 den Grünen das schlechteste Wahlergebnis ihrer jungen Geschichte. Die Konsequenz waren Schwierigkeiten beim „Parteiaufbau Ost“. Bis heute zählt Bündnis 90/Die Grünen dort nur 2.700 Mitglieder, gegenüber 45.000 im Westen. Satzungsgemäße Wahl von Orts- oder Kreisvorständen, unk „Die Zeit“,

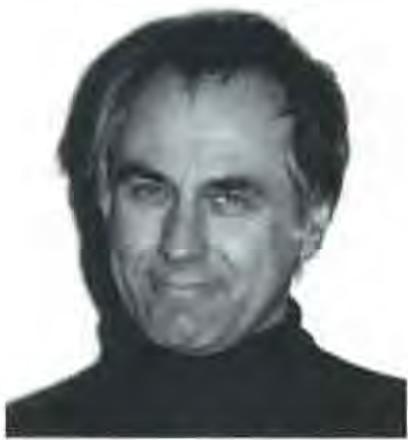
„Die grünen Anhänger haben heute die Euro-freundlichste Einstellung unter allen Wählern.“
Dieter Roth

sei kaum möglich angesichts von nur 150 aktiven Parteimitgliedern im gesamten Osten. Häfner vermutet einen anderen Grund hinter den Anlaufschwierigkeiten: „Wir hatten keine Blockflöten, von denen wir fertige Parteiorganisationen übernehmen konnten“.

Wählerpotential ausbaufähig

Trotz dieser regionalen Defizite sind die Grünen eine Partei mit Zukunftsperspektive für Gesamtdeutschland, die, so Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen, sicher in den Bundestag einziehen werde. Dies garantierte ihr hohes Wählerpotential in den alten Bundesländern, zu dem, im Gegensatz zur FDP, auch viele Stammwähler gehörten. Ein Potential, das sich in Zukunft noch verbreitern könnte, denn die Grünen sind eine „junge Partei“ geblieben. Der Anteil der unter 40-jährigen Parteianhänger liegt bei 61 Prozent, die unter 25-jährigen Jungwähler stellen einen

doppelt so großen Anteil an der Wählerschaft wie bei den etablierten Parteien. Dabei sei den Grünen in den letzten Jahren zu Hilfe gekommen, daß „andere an einigen Stellen ein politisches Vakuum zurückließen“, so Kurt Sontheimer, Politikwissenschaftler aus München: „Die FDP hat ihre linksliberalen Positionen freigeräumt, einige Führungs Persönlichkeiten bei den Grünen konnten ihre Partei auf einen Kurs bringen, der diese vakanten Politikfelder besetzte und die Grünen damit letztlich zum integralen Bestandteil des deutschen Parteiensystems gemacht hat.“



Bruno Jonas: „In der Frage der Gage gibt es Unterschiede zwischen CSU, Sozis und den Grünen. Ein Schwarzer sieht die ganze Sache von der geschäftlichen Seite, unterschreibt den Scheck und geht. Bei den Roten muß man schon vorsichtig sein, denn die machen einem ein schlechtes Gewissen („Du verdienst aber einen Haufen Geld“). Gerät man an einen Grünen heißt es: „Willst Du das Geld nicht spenden?“

„Wie politikfähig sind die Grünen?“, war eine der Hauptfragen, die in Würzburg beantwortet werden sollten. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter führte den Begriff der „Garzweilerei“ in die politische Diskussion ein. Am Beispiel von Garzweiler, so der Tenor, müßten die Grünen ihre Fähigkeit beweisen „dicke Kröten zu schlucken“, sprich: eine Regierungskoalition trotz Meinungs-

verschiedenheiten nicht platzen zu lassen. Den Verdacht von Regierungsunfähigkeit könnten die Grünen und ihr parlamentarischer Fraktionsführer Joschka Fischer beim Griff nach der Macht im Bund nicht gebrauchen. Sind die Grünen daher „ganz normal“ geworden, so „harmoniebeflissen wie die CDU, nachgiebig wie die SPD und beliebig wie die FDP“, fragte Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung. Gerald Häfner warnte vor solchen Einschätzungen: „Wir haben uns verändert, aber auch die Politik hat sich verändert, und das haben wir zum großen Teil bewirkt.“ Selbstkritisch gestand Häfner politische Romantizismen der Gründerphase ein: „Wir haben zu spät erkannt, daß Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein können.“

Konkurrenzlos gut

„Professionalisierung und prominente Köpfe“, diese Entwicklung haben die Grünen nach der einhelligen Meinung aller Tagungsteilnehmer vollzogen und auch das Ende der „Bonner Monogamie“, der Festlegung auf die SPD als Koalitionspartner, scheint vorbei. In der Wirtschafts-, Kultur- und Außenpolitik, Felder bei denen den Grünen bislang wenig Kompetenz zugeschrieben wurde, holt die Partei auf. „Es ist inzwischen normal“, lobte etwa der bayerische FDP-Vorsitzende Max Stadler, „wenn Christine Scheel ein konkurrenzlos gutes Steuerkonzept vorlegt“. Rezzo Schlauch, Bundestagsabgeordneter und grüne Symbolfigur, betonte, daß die Grünen bei allem Machtwillen, politischem Professionalismus und Politikfähigkeit nicht jedem Partner und jeder Lösung zustimmten: „Anders als die FDP haben wir auch die Möglichkeit in die Opposition zu gehen.“ Sich entschuldigend formulierte Schlauch seine Ansprüche an eine mögliche Koalitionspartnerin abseits der üblichen sprachlichen Korrektheit bei den Grünen: „Die Braut muß sich schon ein bißchen für uns aufputzen!“

Christian Kühbauch

Am Rande notiert

„Die Gründer von damals sind die Steuerberater von heute.“

Peter Lösche, Politikwissenschaftler

„Joschka Fischer wird von den grünen Anhängern heute höher eingeschätzt, als Helmut Kohl von den CDU-Anhängern.“

Dieter Roth, Wahlforscher

„Wiedervereinigung? Wir waren zwar überrascht, aber glauben sie, die andern hatten was in der Schublade?“

Gerald Häfner, MdB, B90/Grüne

„Obwohl wir aus der Bürgerbewegung hervorgegangen sind, werden wir im Osten als lupenreine Westpartei gesehen!“

Marianne Birthler

„Der Katalysator wäre ohne staatlichen Druck nie gekommen“

Fritz Schösser,
bayerischer DGB-Vorsitzender



Sepp Daxenberger, erster grüner Bürgermeister in Bayern: „Bei uns in Waging wundert sich die CSU, warum sie meinen Vorschlägen so oft zustimmt.“

Was bleibt von der Basisdemokratie?

Grüne Parteistrukturen im Wandel

von Dr. Thomas Poguntke, Universität Mannheim

Es gehört zu den Besonderheiten der grünen Partei, daß nicht einmal ihr Geburtstag so ganz eindeutig festzustellen ist. Einerseits traten die Grünen schon 1979 zur Europawahl mit einer bundesweiten Formation an, andererseits mochten sie sich seinerzeit nicht so recht dazu entschließen, dies als Partei zu tun und nutzten so die Rechtsform einer 'Sonstigen Politischen Vereinigung'. Auch die Gründung der Bundespartei im darauffolgenden Jahr war vor allem durch das Bemühen gekennzeichnet, möglichst viele organisatorische Sicherungen einzubauen, die verhindern sollten, daß sich die Grünen zu einer 'normalen' politischen Partei entwickelten. Manches, was man zu Beginn der achtziger Jahre unter dem Schlagwort 'Basisdemokratie' für unverzichtbar hielt, wurde inzwischen modifiziert, abgeschafft oder stillschweigend der Vergessenheit überantwortet. Dennoch: unterscheiden sich die Parteistrukturen der Bündnisgrünen inzwischen wirklich nicht mehr von denen der anderen Bundestagsparteien? Oder, anders formuliert: was bleibt von der Basisdemokratie?

Es gibt zwei Perspektiven, die bei der Beantwortung dieser Frage zu beachten sind:

- die erste richtet sich auf den Vergleich mit den anderen Parteien,
- während die zweite diskutiert, ob die gegenwärtige Organisationsform der Bündnisgrünen den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen ist.

Der Vergleich mit den anderen Parteien wird bisweilen auch in die Frage verpackt, ob die Bündnisgrünen tatsächlich von einer basisdemokratischen zu einer „stinknormalen Partei“ geworden seien. Gelegentlich ist dies auch als Vorwurf seitens politischer Gegner formuliert, die den wahlpolitischen Charme des alternativen Organisationskonzeptes wahrgenommen haben und darauf bedacht sind, die Bündnisgrünen möglichst dort einzureihen, wo sich die alten Bundestagsparteien schon länger befinden, nämlich bei den weniger geliebten politischen Akteuren.

Rotation abgeschafft

Bei ihrer Gründung schufen sich die Grünen eine formale Struktur, die sich deutlich von den anderen Parteien unterschied. In einigen Punkten hat sich die Partei in zwei Jahrzehnten tatsächlich den anderen angenähert: Ursprünglich traten die Grünen für eine Rotation aller Parteiämter und Parlamentsmandate ein, die inzwischen weitgehend abgeschafft ist. Al-

lerdings war schon zu Beginn der Parteigeschichte die „Querrotation“ (d.h. das stetige Wechseln zwischen Parteiamt und Parlamentsmandat) zu beobachten.

Keine öffentlichen Sitzungen mehr

Der Anspruch der „Amateurpolitik“ kam auch in der Diätenbegrenzung (z.B. DM 2.100 netto für MdBs) zum Ausdruck. Von dieser strikten Begrenzung sind die Grünen stillschweigend abgegangen. Vom „imperativen Mandat“ verabschiedete sich die Partei anlässlich der Vereinigung mit Bündnis 90. Der Fusionsvertrag billigt den Abgeordneten ausdrücklich Gewissensfreiheit zu. Allerdings konnte auch über das Instrument der formal weiterhin bestehenden - Bundesarbeitsgemeinschaften selten wirkliche Kontrolle ausgeübt werden.

Ebenso praktizieren Partei und Fraktion keine öffentlichen Sitzungen mehr. Die entscheidenden Verhandlungen hatten sich trotz der Forderung nach Transparenz ohnehin schnell in informelle vertrauliche Gremien verlagert. Dagegen zeigen sich in anderen Bereichen immer noch Überreste des alternativen Organisationskonzeptes: So ist die Trennung von Amt und Mandat beibehalten worden, wobei allerdings hinsichtlich der inhaltlichen Politik die Fraktion die Partei dominiert. Auch sind durch die Trennung Kommunikationsprobleme zwischen

Partei und Fraktion institutionalisiert worden.

Das Prinzip der kollektiven Führung wurde beibehalten. Die jetzt übliche Form der Doppelpitze ist zwar symbolträchtig, kann aber zugleich auch Konflikte nach sich ziehen.

Die Frauenquote wurde durch das Frauenstatut formalisiert und wird auch in der Praxis angewandt.



Gerald Häfner: „Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der Anfangsjahre waren absolut notwendig.“ Fotos: Kühbauch

Schließlich zeichnen sich die Grünen trotz der beschriebenen Entwicklungen immer noch durch eine spezifische innerparteiliche Diskussionskultur mit basisdemokratischem Anspruch aus.

Sprachrohr der neuen sozialen Bewegungen

Ob das genug ist, um die Bündnisgrünen tatsächlich von anderen Parteien erheblich zu unterscheiden, wird immer fraglicher – zumal ein anderes wichtiges Merkmal des (bündnis)grünen Parteikonzeptes in den vergangenen Jahren ebenfalls keine große Rolle spielte. Die Rede ist vom Selbstverständnis der „Partei als Sprachrohr der neuen sozialen Bewegungen“. Dies deckte sich zumindest in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weitgehend mit den tatsächlichen Verhältnissen. In einer Periode äußerst starker Mobilisierung der neuen sozialen Bewegungen surften die Grünen gewissermaßen auf der Woge außerparlamentarischen Protestes in die

Parlamente. Der Aufbau einer mobilisierungsfähigen Parteiorganisation konnte nicht zuletzt deshalb vernachlässigt werden, weil die Protestbewegungen Mobilisierungsleistungen erbrachten, die wahlpolitisch auch den Grünen zugute kamen.

Zur zweiten Perspektive: Ist die Organisationsform der Bündnisgrünen den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen? Hier muß sowohl über formale Änderungen nachgedacht werden als auch über Anstrengungen, Prozesse zu optimieren. Hinsichtlich formaler Änderungen wäre eine stärkere Verschränkung der Eliten auf der Führungsebene wünschenswert, um Reibungen zu reduzieren, die durch den strukturell erzwungenen Mangel an Kommunikation verursacht werden. Die partielle Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat für den Bundesvorstand wird zu Recht in der Partei diskutiert. Kommunikationsprobleme bestehen auch zwischen Bundespartei und Landesverbänden. Die Schaffung eines Gremiums zwischen Länderrat und Bundesvorstand (analog dem Parteivorstand anderer Parteien), in dem sich auch die Länderinteressen widerspiegeln, könnte das Problem der langen Pausen zwischen Länderratsitzungen beheben und somit die 'politische Reaktionszeit' der Partei verbessern. Bei Parteireformen ist jedoch zu bedenken, wie die spezifischen basisdemokratischen Traditionen der Bündnisgrünen mit den Anforderungen der Mediendemokratie versöhnt werden können. Mit anderen Worten: Gefragt ist nicht Strukturkonservatismus im Sinne des Beharrens auf alten Parteistrukturen, sondern ein innovativer Funktionskonservatismus, der versucht, zumindest einige der ursprünglich beabsichtigten (!) basisdemokratischen Funktionen der alten Strukturen zu bewahren.

Mitgliederschwächste Partei

Abschließend soll der Blick auf Schwächen der innerparteilichen Prozesse gerichtet werden. Die bundespolitische Führungselite ist zu einer vergleichsweise geschlossenen Gesellschaft geworden. Dies zeigt schon ein kurzer Blick auf die Altersstruktur der Bundestagsfraktion, in welcher die vor



Grünes Urgestein aus Baden-Württemberg: Rezzo Schlauch

1956 Geborenen eine Zweidrittelmehrheit haben. Fast die Hälfte der Abgeordneten sind mindestens 47 Jahre alt, während nur sieben von 49 bündnisgrünen Abgeordneten nach

1960 geboren sind. Während sich die Bündnisgrünen also in dieser Hinsicht tatsächlich den sogenannten Altparteien annähern, konnten sie sich bislang noch nicht entschließen, ihrer Parteizentrale mehr als eine organisatorische Mindestausstattung zuzustehen. Effizientes politisches Management oder gar Wahlkampfführung ist jedoch ohne bezahltes politisches Personal kaum zu bewerkstelligen. Bleibt die schon fast mythische Basis: Nach wie vor sind die Bündnisgrünen, gemessen an ihrer wahlpolitischen Stärke, die mitgliederschwächste Partei. Zwar sind sie seit einem halben Jahrzehnt als einzige Bundestagspartei ununterbrochen auf Wachstumskurs, allerdings nur im Westen. In den neuen Bundesländern hat auch die Fusion mit dem Bündnis 90 im Mai 1993 der Partei kaum neues Leben eingehaucht.

Die Grünen - eine ganz normale Partei?

von Dr. Dieter Roth, Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Wenn Sie von einem Wahlforscher die Frage nach der Normalität einer Partei beantwortet haben wollen, dann wollen Sie sicherlich wissen, ob die Struktur der Wähler der Grünen sich grundlegend gewandelt hat. Inzwischen ist ja bekannt, daß die erste Generation der Wähler der Grünen, die besonders jung war, mit der Partei mitgewachsen ist. Aber wird dadurch eine Partei schon zu einer „normalen“ Partei?

Tatsächlich waren 1983, als die Grünen zum ersten Mal in den Bundestag einzogen, mehr als 40% ihrer Wähler unter 25 Jahren und rund 90% der Wähler unter 40 Jahren. Das hat sich schon etwas geändert. Heute sind rund 16% der Wähler der Grünen unter 25, und 61% der Grüne-Anhänger sind unter 40 Jahren. Das sind in der jüngsten Altersgruppe immer noch doppelt so viele wie in der Gesamtheit und auch insgesamt bei den unter 40-jährigen fast doppelt so viele, aber auch die Grünen sind gealtert. Allerdings sind sie auch in ihrer Größenordnung gewachsen, noch nicht ganz auf das Doppelte, aber annähernd.

Diese Veränderung in der Alterszusammensetzung vollzog sich stetig von Wahl zu Wahl, übrigens auch die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Anhängerschaft der Grünen:

Wähler werden älter

War die Partei 1983 noch klar männlich dominiert, 54% zu 46%, so ist sie heute stärker als jede andere Partei eher von Frauen unterstützt (1997: 56,4% zu 43,6%). Aber auch diese Umstrukturierung verlief stetig über die letzten 15 Jahre.

Die Grünen waren immer eine Partei der formal Hochgebildeten, und die Hälfte ihrer Anhängerschaft hat Abitur oder sogar einen Hochschulabschluß. Ähnlich hoch formal gebildet sind nur noch die Wähler der FDP, aber sie haben eine völlig andere Alterszusammensetzung. Formal hochgebildet und damit übrigens auch politisch sehr stark interessiert, denn diese beiden Indikatoren korrelieren hoch miteinander, war die Anhängerschaft der Grünen schon immer. Sie rangierten immer an der Spitze, was die formale Bildung anging.

Auch wurde die Partei von den Wählern als die am weitesten links stehende Partei eingeschätzt, und auch die Wähler selber sahen sich zwar nicht ganz so links wie die Partei, aber doch im Vergleich zu allen anderen Parteianhängerschaften am weitesten links. Die PDS-Anhängerschaft macht ihr in dieser Beziehung jetzt Konkurrenz, aber das ist ein Spezifikum, das keinen Langzeitvergleich zuläßt, und über das wir hier nicht weiter diskutieren wollen. Jedenfalls fühlen sich die Grünen am stärksten dem linken Parteienlager zugeordnet, deutlich stärker als die SPD-Anhängerschaft, allerdings nicht mehr so deutlich wie am Anfang ihrer bundespolitischen Karriere.

Andere Agenda

Die Wählerschaft der Grünen ist sehr viel kritischer als alle anderen gegenüber Institutionen, gegenüber der Leistung der Regierung, aber sie ist auch kritischer gegenüber den Politikern insgesamt und lange Zeit sogar gegenüber denen aus den eigenen Reihen. Das hat sich jüngst geändert: ein Joschka Fischer wird von der grünen Anhängerschaft inzwischen genauso gut beurteilt wie ein Parteichef Hel-

mut Kohl von den Anhängern der Unionsparteien. Ein kleines Stückchen Normalität?

Die Anhängerschaft der Grünen hat nach wie vor eine etwas andere politische Agenda als die alten Parteien, Umweltschutz ist nach wie vor für sie ein sehr wichtiges Problem (die Nennungen sind dreimal so häufig wie in der Gesamtheit). Rentenfragen stehen für sie deutlich weniger häufig im Vordergrund als bei den Anhängern der anderen Parteien. Aber das war früher alles noch sehr viel deutlicher. Auch für sie steht heute die Arbeitslosigkeit an der Spitze aller Probleme, und die Nennungen sind genauso hoch wie bei den anderen Parteianhängerschaften.

Es gibt noch einen kleinen Hinweis hin zur Normalität der Anhängerschaft der Grünen: Bei der Beurteilung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage unterscheiden sie sich heute nicht mehr von der Gesamtheit. 1983 gab es noch eine deutliche Unterscheidung. Die Anhänger der Grünen beurteilten ihre eigene wirtschaftliche Lage deutlich schlechter als alle anderen, und das war auch 1987 noch so. Etwas geringer waren die Unterschiede 1990, aber immer noch signifikant. Seit 1994 ist die Anhänger-

schaft der Grünen aus eigener Sicht wirtschaftlich genauso etabliert wie der Durchschnitt der Bundesbürger.

Euro-freundlich

Auf einem aktuell heiß diskutierten Markt, dem EURO, haben die Grünen zwar keine diametral entgegengesetzten Haltungen, aber sie sind EURO-freundlicher, nicht nur als die Gesamtheit der Wähler, sondern auch als die Anhängerschaften der beiden Volksparteien. Das hat wohl etwas mit der höheren formalen Bildung der grünen Anhängerschaft zu tun, denn der stärkste Einfluß auf die Meinungen zum EURO und zu Europa insgesamt geht von der Informiertheit über dieses Thema aus, und das hängt wieder sehr stark mit der formalen Bildung zusammen.

Müßte ich die Frage, ob die Grünen inzwischen eine ganz normale Partei sind, in einem Satz beantworten, so würde ich sagen: Von der Zusammensetzung ihrer Wähler sind die Grünen noch lange keine normale Partei, wenn es auch da schon die eine oder andere Anpassung gegeben hat, was wohl mit dem Wachstum der Partei und sicherlich auch was mit der Etablierung der Grünen zu tun hat. ■

Harte Kontroversen bestimmten die schulpolitische Diskussion über die Einführung der sechsstufigen Realschule in Bayern. In einem bildungspolitischen Seminar in Zusammenarbeit mit dem Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband kreuzten die Münchner CSU-Stadträtin Marianne Brunner und der schulpolitische Sprecher des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Klaus Wenzel, die Klingen. Während Brunner für den Schulversuch warb, weil Kinder durch das frühe Differenzieren gefordert und gefördert würden, kritisierte Wenzel, daß ausgerechnet die relativ krisenfreie vierstufige Realschule einem nicht durchdachten Modellversuch geopfert werde. Die Differenzierung mit 10 Jahren erfolge viel zu früh; das Ziel müsse vielmehr eine längere, gemeinsame Schulzeit aller Schüler sein. ■

Votum gegen die „Einheiz“-Schule



Streit um die sechsstufige Realschule:
v.l.n.r. Klaus Wenzel, schulpolitischer Sprecher des BLLV, Christian Marek, Vorsitzender des MLLV, CSU-Stadträtin und Realschullehrerin Marianne Brunner.

Foto: Schröder

„Politikstillstand durch Reformunfähigkeit“ oder „Reformunfähigkeit durch Politikstillstand“?

Den Reformstau in Deutschland hatte die Akademie in Tutzing schon als Problem ausgemacht, bevor er zum Unwort des Jahres 1997 gewählt wurde. Die Tagung „Politikstillstand durch Reformunfähigkeit? - Die Bundesrepublik Deutschland im globalen Wettbewerb“ vom 9. - 11. Januar verursachte zunächst einmal einen Teilnehmerstau. Drei Fernsehtteams, bundesweite Medienpräsenz, ein bis zum letzten Platz gefüllter Saal veranlaßten den Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter zu der stolzen Aussage: „Da geht's ja zu wie bei der Bundespressekonferenz!“ Star der Politikrunde war Hans-Olaf Henkel, der streitbare und polarisierende Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der in Tutzing aber leise Töne und differenzierte Aussagen bevorzugte.

Der Ertrag der Tagung lag vor allem darin, daß sich die Diskussionsforen aus Wissenschaft, Medien, Politik, Meinungsforschung und ausländischen Reformerfahrungen gegenseitig befriedeten und das Thema auf diese Weise in immer neuen Facetten beleuchtet wurde. Fazit: Deutschland bewegt sich, aber für den globalen Wettbewerb zu langsam, es hat Defizite und Chancen. Politiker, Bürger und das politische System haben ihren Anteil an der Reformschwäche. Veränderung und Bewahren bestimmen in Zyklen die deutsche Nachkriegsgeschichte; auf die vernünftige Mischung von beidem käme es an.

Reform des Föderalismus

Grundfrage: Wie kann das Ungleichgewicht zwischen schwachen eigenen Landeskompakten und weitreichender Verhinderungsmacht verändert werden. Eine solche Veränderung scheint nicht nur wegen dem Reformstau notwendig, sondern mehr noch wegen der allmählichen Aushöhlung des Landesparlamentarismus und damit des Bundesstaates insgesamt. Dazu sind zwei Entwicklungen notwendig: Rückzug des Bundes aus einem Teil der Gesetzgebung zugunsten der Länder und teilweiser Rückzug der Länder aus der Beteiligung an der Bundespolitik über den Bundesrat. Problem der aktuellen Reformdiskussion ist: Man will einen Konkurrenzföderalismus erreichen, aber gleichzeitig nicht von den Vorteilen des bisherigen Verbundmodells der Mitsprache im Bundesrat lassen. Die Chancen zur Reform des deutschen Bundesstaates sind gering, weil nur wenige Länder sich die durch den Konkurrenzföderalismus angestrebte größere Autonomie leisten können.

*Prof. Dr. Ursula Münch
Universität München*

Reform des Parlamentarismus

Die grundlegenden Reformanliegen sind, die Entscheidungsfähigkeit des Bundestags als eigenständiges Handlungsspielraum zu untermauern und seine Kommunikationsfähigkeit gegenüber der politischen Öffentlichkeit zu verbessern. Doch die gegenwärtige Reformdiskussion bezieht sich nur auf die Zahl der Abgeordneten, die Besoldung, die Struktur der Parlamentsarbeit. Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem Problemstau und der Reformdiskussion. Gebraucht wird eine neue Ordnung mit mehr Sachnähe der Entscheidungen, mit klaren Zuständigkeiten und die Revitalisierung der Länderparlamente.

*Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Akademiedirektor Tutzing*

„Die Welt“ vom 13. Januar 1998

Wenig Begeisterung für einen Aufbruch zu neuen Ufern Tutzinger Akademie diskutiert Ursachen für Reformstau - Lob und Tadel für den Bundesrat

Von Peter Schmalz

...Der Berliner Sozialwissenschaftler Max Kaase sprach vom „Gefühl der Malaise“, das die Bevölkerung bedrückt, der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier von einer Besorgnis über die Politiker: „Die bewältigen die Probleme nicht.“

Maier erinnerte an den Adenauer-Slogan „Keine Experimente“, mit dem die Union 1957 erst- und bislang letztmals die absolute Mehrheit im Bundestag bekommen hatte. Im Kern scheint die Parole noch heute aktuell, nur die Wortwahl lautet anders: „Schnell eine Reform, damit alles bleibt, wie's war.“ Als Beleg wurde erwähnt, daß die Koalitionsregierung, die Reformen auch im Sozialsystem fordert, in der Wählergunst verliert, während die SPD, die blockiert und mehr Kindergeld ver-

spricht, zu höherem Ansehen aufgestiegen ist.

Daraus entwickelte sich die das Tagungsthema modifizierende Frage: „Ist die Politik reformunfähig oder sind die Bürger reformunwillig?“ Es war dann ausgerechnet der Politik-Kritiker und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, der Bonn zumindest ein eingeschränktes Lob darbrachte: „Wir haben uns in den letzten 18 Monaten bewegt, es gibt viele Dinge, auf die die Koalition stolz sein kann.“ Die Diskussion um den Reformstau habe etwas erreicht, doch nicht genug, wie der BDI-Chef schnell hinzufügte: „Wir bewegen uns schneller als zuvor, wir bewegen uns aber zu langsam für die Herausforderungen, die vor uns stehen.“ ...



Geringe Chancen für die Reform des bundesdeutschen Föderalismus sah die Münchner Politikwissenschaftlerin Ursula Münch. Einerseits wolle man einen Konkurrenzföderalismus, andererseits wolle man nicht von den Vorteilen des bisherigen Verbundmodells lassen.

Fotos: Kühbauch

*Starnberger Merkur
vom 12. Januar 1998*

Zehetmair: Bayern nicht gegen Finanzausgleich

Im Streit um eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs hat Bayerns Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident Hans Zehetmair die Wogen zu glätten versucht. „Vielleicht hat Bayern das mit Baden-Württemberg zu hart angegangen“, sagte Zehetmair am Wochenende in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und fügte ausdrücklich hinzu: „Das ist nicht so, daß wir gegen einen Ausgleich sind.“ Bayern wende sich lediglich gegen die Art, daß sich die Länder „maßlos“ verschuldeten, sagte Zehetmair jetzt in Tutzing einschränkend: „Mehr als wir uns je verschuldet haben.“ Aber: „Wir werden geben, solange wir Geberländer sind.“ ...

Passauer Neue Presse vom 12. Januar 1998

Podiumsdiskussion in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung Föderalismus-Reform gegen den Reformstau?

Von Oliver Platzer

Deutschland ist im „Reformstau“. Der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, sieht zwei Ursachen dafür: der Föderalismus ist in Schieflage geraten und den Politikern fehlt Mut zu unpopulären Entscheidungen.

... Henkel forderte mehr Verantwortlichkeiten wieder in die Hände der Länder zu legen, dem Bundesrat aber die Möglichkeit wegzunehmen, ein „reines Bundesvorhaben“ wie die große Steuerreform zu blockieren. Was prompt die SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Schulte auf den Plan rief, die sagte, ihre Partei hätte ihren Namen nicht verdient, wenn sie diese ungerechte Steuerreform nicht mit aller Macht verhindert hätte. So staut sich also die Reform.

Henkel fordert weiter: „Die Deutschland AG muß schlanker in der Hauptverwaltung werden.“ Eine Staatsquote von rund 50 % sei viel zu hoch. Das Hauptübel, die Belastung durch Steuern und Abgaben, müsse vor allem mit veränderten Strukturen beseitigt werden.

Für Frau Schulte besitzt indes kein Land so vernünftige Strukturen wie Deutschland. CDU/CSU-regierte Länder seien auch manchmal ganz froh, daß sie sich hinter der SPD im Bundesrat verstecken können.

Gegen Bonner Zentralismus und somit auch Teile der eigenen Partei richtet sich der Zorn des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hans Zehetmair (CSU). „In Bonn“, sagt er, „werden die Leute so verdorben, daß sie oft nicht mehr wissen, wo sie herkommen“. Zehetmair mokiert sich darüber, daß der Bund den Ländern viel zu häufig in Dinge hineinredet, die ihn nichts angehen.

... Der SPD-Fraktionschef in Sachsen-Anhalt, Rüdiger Fikentscher, sieht die Reformfreude seiner Landsleute im Osten durch die deutsche Einigung schon sehr erschöpft. Doch auch für ihn sind die Entscheidungsprozesse in Deutschland „schon sehr verwaschen“. Oft liefern Schuldzuweisungen in die Irre, weil kaum festzustellen sei, wer für eine Entscheidung verantwortlich zu machen ist. ...



Das Ergebnis diverser Klausurtagungen

Karikatur: Stuttmann (Passauer Neue Presse)



BDI-Präsident Henkel (links) enttäuschte all diejenigen, die auf Polemik und Polarisierung gewartet hatten. Daneben Heinrich Oberreuter, Brigitte Schulte (SPD, MdB) und Bayerns Kultusminister Hans Zehetmair.

Sternberger Neueste Nachrichten vom 12. Januar 1998

Medien sind vergeßlich

Gibt es einen Reformstau im Journalismus?

Eine Diskussion in der Politischen Akademie

Von Thomas Lochte

...Einige Leitartikler und Chefredakteure streuten in Tutzing tatsächlich Asche auf ihr Haupt: „Als journalistische Gruppe zählen wir doch zum verfestigten sozial-konservativen Milieu“, outete Thomas Kleine-Brockhoff („Die Zeit“) sich und seine Kollegenschaft als „halblinks verwurzelt“. Man versammle sich zuverlässig und schlagwortstark „gegen Entsolidarisierung, Globalisierung, Thatcherismus und Nationalismus und - natürlich - Reformfähigkeit“.

Man versäume über den Berufsreflex als Kritiker aber das Aufzeigen alternativer Politikmodelle... Georg Paul Hefty („Frankfurter Allgemeine Zeitung“): ... „Sachkritik an der Koalition ist ja berechtigt - in der Medienlandschaft fällt die Schelte dieser eigentlich reformwilligen Seite allerdings so aus, daß der strikte Reformgegner SPD geschont wird. Das ergibt ein komisches Zeugnis der deutschen Reformeuphorie.“

Claus Detjen, Chefredakteur der „Märkischen Oderzeitung“: ... In den neuen Bundesländern sei also nicht Reform-Stau das Thema, son-

dern, nach dem Ende der DDR, Reformbewältigung und Reformverarbeitung: „Der ganze Alltag dieser Menschen wurde doch seit 1989 umgekrempelt.“

Peter Schmalz („Die Welt“) griff den Faden auf und zitierte ein Beispiel aus dem Jahr 1993: Die Demontage des Ministerpräsidenten Münch in Sachsen-Anhalt durch westdeutsche Presseorgane sei nichts anderes gewesen als „eine Neidkampagne gegen gut verdienende Politiker, die dem Ansehen der Politik schweren Schaden zugefügt hat.“ ...

Moderator Josef Bielmeier (Bayerischer Rundfunk) stellte abschließend fest, daß es heutzutage nicht nur Streit und Orientierungslosigkeit quer durch die politischen Parteien gebe, „sondern auch bei den Medien keine eindeutige Zuordnung mehr zu bestimmten politischen Lagern.“ Was zähle, sei der Verkauf von Nachrichten, seien Auflage und Quote. „Beobachten Sie uns kritisch - Medien sind vergeßliche Unternehmungen“, riet „Zeit“-Kolumnist Kleine-Brockhoff allen Nachrichten-Konsumenten.

Aufgeschnappt:

„Der Klügere gibt nach: Wenn sich dieses Muster durchsetzt, wird die Welt von Dummen regiert.“

„Ich bin politisch neutral. Ich habe schon alles mögliche gewählt.“
Industriepresident Hans-Olaf Henkel

„Es wäre schon eine Reform, die Richtigen zu beschimpfen.“

„Diejenigen, die zu klug sind, sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, daß sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie.“

Rüdiger Fikentscher, SPD-Fraktionsvorsitzender von Sachsen-Anhalt

„Wenn wir einen sozialdemokratischen Bundeskanzler bekommen, wird es sicher daraufhin auch in den Ländern wieder Regierungswechsel geben.“

Brigitte Schulte, SPD-Bundestagsabgeordnete

„Da sind Sie aber sicher froh, daß in Niedersachsen vor Bonn gewählt wird.“

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter

„Wenn zwei immer das gleiche sagen, ist einer auf Dauer überflüssig.“

Kultusminister Hans Zehetmair unter Berufung auf Churchill

Was können wir in Deutschland davon lernen: Ausländische Reformerfahrungen

Teilnehmer: Rachel Green (Großbritannien), Jan Eric van den Berg (Niederlande), Anders Bäckström (Schweden), Walther Bernecker (Spanien).

- In der Demokratie werden Reformen nur bei großem Leidensdruck angepackt.
- Reformen brauchen einen gemeinsamen Willen: klare Mehrheiten oder Konsenskoalitionen.
- Auch bei richtigen Rezepten braucht man Geduld, bis sich die Erfolge einstellen.
- Reformen erreicht man mit Pragmatismus, nicht mit ideologischem Grabenkampf.

Radio-Workshop:

Immer schneller und aktueller - auch professioneller?

Hörfunkredakteure diskutieren Perspektiven und Philosophien von Nachrichtensendungen

Den Formaten und Designs heutiger Radionachrichten sind offenbar keine Grenzen gesetzt: Mit und ohne Musikbett, mit und ohne O-Tönen, superkurz oder knöchellang, klassisch glatt oder modisch aufgemotzt. Auf jeden Fall rund um die Uhr mit dem Ohr am Pulsschlag der Zeit und des Weltgeschehens: Nachrichten im Radio. Der gemeinsame Radio-Workshop von Akademie und Bundeszentrale für politische Bildung vereinte 45 Radiomacher und- innen (darunter 23 Ressortchefs) in Tutzing zum gemeinsamen Nachdenken über Professionalität und Qualitätssicherung.

Einen Lauschangriff der besonderen Art startete der Hamburger Medienjournalist Hans-Jürgen Krug: in einem Hörmarathon hatte er die drei derzeit bestehenden ARD-Nachrichtenradios Bayern 5 aktuell, MDRinfo und das InfoRadio Berlin von SFB und ORB unter die medienkritische Lupe genommen. Bei Bayern 5 nervten ihn Wiederholungen und Monotonie: „Das Programm lähmmt.“ In der Konzeption von MDRinfo entdeckte er mehr Spielraum für die Moderatoren, weniger Wiederholungen, eine verständlichere Nachrichtensprache und mehr Service und Lebenshilfe. Das InfoRadio Berlin erschien ihm „durchhörbarer und hauptstädtischer“, mit einer sehr viel geringeren Politik-, dafür mehr Skandalorientierung. Lifestyle, Reportage-Elemente und Berichte aus der Nähe führten zu einer „ent-ernsteten Form und Nachrichten-Performance“.

Kein Panoramabus

Wolfgang Aigner, Wellenchef von Bayern 5, konterte, die Ausschaltimpulse seien bewußt eingebaut. „Wir sind kein Panoramabus, mit dem man durch die schöne Landschaft fährt, sondern eine U-Bahn, mit der man nach 10 Minuten am Ziel ist.“ B 5 sei bewußt ein Zuschalt- und Komplementärprogramm. Der Erfolg gebe den Verantwortlichen recht: mit 10 Prozent Reichweite stehe man im Raum München an der 4. Stelle in einem heiß umkämpften Markt. Und B 5-Gründer Wolfgang Marwitz ergänzte: „Infowellen als Verweilprogramm sind doch was für Perverse!“ Nicht „normal“ jedenfalls ist das B 5-Publi-

kum: besser gebildet und verdienend als der Durchschnitt, überwiegend männlich und 49 Jahre alt.

Die Diskussion unter Leitung von Susanne Matthiessen, der früheren RSH-Chefredakteurin, machte deutlich, daß das Radio der Zukunft stärker formatiert sein werde und daß Infowellen im Wettbewerb mit 60-70 anderen verfügbaren Sparten-



Nachrichtenkritiker Andreas Keiser: „Erzählte Nachrichten fehlen mir noch in Deutschland.“

programmen vorne liegen werden. Sie müssten allerdings ihr eigenes, auch regionales Profil behalten und dürften nicht im Zuge der Spardiskussionen zentralisiert werden. Schließlich dienten sie mit ihrem Angebot auch der Absicherung des öffentlich-rechtlichen Systems.

Verzicht auf Agenturdeutsch

Hörmarathon

„Alle Info-Radios haben ihr eigenes Profil und ihren eigenen Stil. Bayern 5 aktuell, MDRinfo und InfoRadio gehen mit einem sehr ähnlichen Nachrichtenpool unterschiedlich um, und sie stellen drei eigene Infotypen dar: B 5 hat den Umgang mit Radio am entschiedensten individualisiert und setzt auf stetige Präsenz der wichtigsten Nachrichten – Beiträge, die länger als 1 sind, sind rar. MDRinfo hofft stärker auf den an konventionellen Nachrichten interessierten und länger Zuhörenden, der aber gezielt angesprochen werden muß. InfoRadio ist am ehesten – auch akustisch – ein Großstadtradio: Wetter und Verkehrsnachrichten sind überproportional präsent, die Moderatoren sind sehr hervorgehoben und sollen wohl auch unterhalten... Als ‚Nebenbei-Radio‘ eignen sich die Info-Radios kaum. Längeres Zuhören ist schwierig (und bei B 5 auch nicht beabsichtigt). Die Info-Radios begreifen sich vor allem als Umschaltradio oder auch Zweitradio. Die Quoten liegen unter zwei Prozent, die statistische Hördauer ist minimal.“

*Hans-Jürgen Krug,
Medienkritiker (epd)*

Unterschiedliche Philosophien von Nachrichten im Radio präsentierte die zuständigen Ressortleiter Klaus Greiner vom Bayerischen Rundfunk, Norbert Linke vom HitRadio FFH und Volkher Just vom DeutschlandRadio. Eingangs erneuerte Andreas Keiser, Geschäftsführer der TR-Verlagsunion und früher selbst in der Weiterbildung von Nachrichtenredakteuren tätig, seine Kritik an Radionachrichten: „Da Nachrichten schnell über das informieren sollen, was passiert ist, ist die Ortsmarke fehl am Platz. Besser wären thematische Spitzmarken, die klar sagen: Darum geht's jetzt.“ Es müsse auch möglich sein, bei der Länge der Nachrichten je nach Lage zu variieren. Im Extremfall könne das bedeuten: „Es liegen zur Zeit keine Meldungen vor“. So wie es das private Jugendprogramm „PlanetRadio“ in

Hessen vormacht: „Im Moment nichts los auf dem Planeten“. Ferner meinte Keiser, die Gewichtung von O-Tönen müsse mehr nach journalistischen Kriterien erfolgen und nicht nach starren Formaten. Und schließlich müsse noch mehr auf Agenturdeutsch und gestelzte Sprache verzichtet werden: „Erzählte Nachrichten fehlen mir noch in Deutschland“.

Info-Burger und Jingle-Feuerwerk

Klaus Greiner, Nachrichtenchef des BR, stellte fest: „Die Abstände zu den Privaten sind kürzer geworden. Früher waren wir zu lang und sprachlich zu anspruchsvoll. Qualität und Ansehen eines Senders definiert sich vor allem über das Niveau seiner Informationsangebote. Insofern stehen anspruchsvolle Nachrichtenredakteure in einer guten Zeit. Unüberhörbar ist die Wiederentdeckung der seriösen Nachrichten. Die meisten O-Ton- und Jingle-Feuerwerke sind abgebrannt, die Info-Burger mit Sex-and-Crime-Ketchup fanden auch keinen reißenden Absatz und die einseitige Konzentration auf Region und Umland erwies sich als zumindest problematisch. Es ist ruhiger geworden im Nachrichtengeschäft, die Inhalte rücken wieder in den Mittelpunkt.“

Regionaler Bezug

Eine Nachrichtenphilosophie der anderen Art präsentierte Norbert Linke vom hessischen Privatradios FFH: der Hörer solle zum Hinhörer gemacht werden, mit regionalem Bezug in seiner Lebenswirklichkeit abgeholt werden. HitRadio FFH wolle überraschen: „Der Hörer muß in den Nachrichten erfahren, was los ist in der Welt, vor allem aber, was in seiner Welt passiert. Themen aus Hessen werden prominent plaziert - integriert in die Weltnachrichten.“

Wir suchen den Zugang zu den Themen über die Lebenswirklichkeit der Hörer. Die Mißernten brasilianischer Kaffeebauern werden über die steigenden Preise für den Frühstücks-kaffee thematisiert.

Wir sprechen die Sprache unserer Hörer. Kommunikation ist, was rüberkommt. Die Sprache ist schlicht, aber nicht platt; verständlich, aber nicht

Information statt Irritation

„Natürlich orientieren wir uns an den drei Pfeilern Nähe, Nutzen und Neuigkeit. Es geht um den Nutz- oder Gebrauchswert (news to use) einer Meldung getreu dem Motto: Wenn eine Meldung nichts zu sagen hat, dann sollte sie auch nicht geschrieben werden. Entscheidend sind Inhalt und Aussage. Eine Nachricht beantwortet idealerweise schon im ersten Satz die Frage, warum sie gesendet wird.“

Die Nachrichtensendung wird von uns als die stündlich erscheinende Zeitung des Hörfunks verstanden. Dementsprechend vielfältig und abwechslungsreich muß auch das Themenspektrum sein. Es reicht von der Politik bis in



den vermischten Bereich hinein. Wir machen dort Schluß, wo Voyeurismus oder greller Boulevard-Journalismus beginnen.

Ganz wichtig sind Sprache und Stil. Um möglichst nahe an den Hörer heranzukommen, sollte man schreiben, wie man sprechen möchte. Und da nehme ich gerne in Kauf, wenn für die Verständlichkeit einmal eine Grammatikregel geopfert wird. Nachrichten dürfen nicht zitieren und referieren, sie müssen schildern und berichten. Am Ende einer komplizierten und eintönig aufgebauten Meldung erinnert sich der Hörer oft nicht mehr an den Anfang. Deshalb müssen wir wie in einem guten Gespräch eine Geschichte erzählen, dramaturgische Elemente einbauen, zusammenfassen und oft hart an der Grenze der Wertung operieren, um das Zuhören zu erleichtern.“

Klaus Greiner, Nachrichtenchef, BR

flach. Umgangssprachlich und grammatisch sauber.

Unsere Redakteure geben sich am Mikrophon als Menschen. Wo das möglich und angebracht ist, lassen sie auch mal Emotionen durchscheinen. Wir „verpacken“ unsere News. Denn Radio ist fürs Ohr. Sounder, Bumper und Musikketten verhelfen zu einem attraktiven Auftritt. O-Töne bringen Abwechslung, Rhythmus und Authentizität.“

Langweilig oder seriös?

Ein Plädoyer für die klassischen, bis zu acht Minuten langen Sprecher-Nachrichten ohne O-Töne und Jingles hielt dagegen Volkher Just, Nachrichtenchef des Deutschland Radio in Köln. „Kritiker mögen das langweilig nennen. Unsere Hörer werten dies als seriös und glaubwürdig.“ Er warb für die Einhaltung „anständiger“ journalistischer Grundsätze wie die Trennung von Nachricht und Meinung, den Verzicht auf plakative Klischees, suggestive Formulierungen und Spekulation und forderte Zuverlässigkeit und Quellsicherheit. „Wir dürfen keinen Häppchen-Journalismus mit knappen Schlagzeilen servieren.“ Im Gegensatz zu anderen Referenten und Teilnehmern will Just nicht auf die sogenannten Protokollmeldungen verzichten: „Wer konferiert mit wem, mit welchem Ergebnis? Da kann auch ein Nicht-Ergebnis eine Menge aussagen und ist deshalb eine Meldung. Auch viele dieser ‚Der Abgeordnete-X-hat-erneut-seine-Forderung-bekräftigt‘-Meldungen haben einen Sinn, offenbaren sie doch oft innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten. Außerdem ist Beharrlichkeit (auch Aussitzen genannt) nicht selten von Erfolg gekrönt.“

Mehr Recherche

Gemeinsam beklagten die Fachleute die Tendenz zum „Schnellschuß“. Standards würden vernachlässigt. Klaus Greiner stellte die immer größer werdende Abhängigkeit von Agenturen und Datendiensten fest: „Wir brauchen mehr Nachfragen und Recherchen, damit der Reichtum an Information nicht zur Armut wird! Der Hörer weiß doch nicht mehr, ob wir

Sushi oder Dax anbieten.“ Dagegen setzte Just den „Mut zur Langsamkeit“: „Im Zweifel lieber überlegt und zuverlässig“. Immerhin wissen dies täglich 3,5 Millionen Hörer (Durchschnittsalter 57 Jahre) des DeutschlandRadio zu schätzen.

Glaubwürdigkeitsverlust

Für die Qualitätssicherung ihrer Programme forderten die Redakteure mehr redaktionelle Selbstkontrolle. Greiner: „Controlling und ständige kritische Begleitung sind unverzichtbar, um Kontinuität und Qualität zu gewährleisten.“ Das sei nur in einer großen Fachredaktion möglich und notwendiger denn je. Der Alleinredakteur müsse verhindert werden. Und Linke forderte „eine Redaktionskultur, die es nicht als persönliche Schwäche stigmatisiert, strittige Fragen nachzuschlagen und zu diskutieren.“



Kommunikationsforscher Stephan Ruß-Mohl: Steigender Bedarf an Qualitätssicherung

Fotos: Schröder

Der Berliner Kommunikationsforscher Stephan Ruß-Mohl sah angesichts gravierender Glaubwürdigkeitsverluste der Medien einen wachsenden Bedarf an Qualitätssicherung. Seine konkreten Forderungen (Qualitätsstandards in der Aus- und Weiterbildung, mehr Medienkritik im Journalismus, Forschungstransfer und die Einrichtung von Media-Ombudsmännern) stießen bei den versammelten Praktikern auf wenig Gegenliebe.

Gut gegen Böse

Mit der Rolle der Auslandsnachrichten und dem von ihnen vermittelten Weltbild beschäftigte sich das letzte Podium. Uta Thofern, Nachrichtenchefin von Radio Thüringen (MDR 1), gibt dem Inland den Vorrang. „Nachrichten sollen den Hörern die Möglichkeit geben, sich eine Meinung zu bilden. Dies ist vor allem dort wichtig, wo sie auch Ent-



Uta Thofern, Nachrichtenchefin von MDR 1 Radio Thüringen: „Provinzialismus nicht Vorschub leisten“.

scheidungen treffen können - und das ist nun einmal das Inland.“ Dennoch sieht auch sie Gründe, warum Auslandsnachrichten wichtig sind: „Wir dürfen dem Provinzialismus nicht Vorschub leisten. Wir leben schließlich nicht auf einer Insel, die zudem nicht nur von Deutschen bevölkert ist.“ Schließlich würden Auslandsthemen uns auch direkt betreffen, ob es nun um die Folgen der Globalisierung, um Börsencrashes oder tote Prinzessinnen gehe.

Unübersichtlich und verflochten

Auch ihr Kollege Martin Wagner, selbst jahrelang Auslandskorrespondent und heute stellvertretender Nachrichtenchef des Bayerischen Rundfunks, sieht die Probleme der Auslandsthemen: „Wir leben in einer Welt, die zunehmend miteinander verflochten, gleichzeitig aber zunehmend unübersichtlich ist.“ Die Folge für die Auslandsberichterstattung

sei, daß Katastrophen, Konflikte und Kuriositäten dominieren. „Noch mehr als bei Inlandsnachrichten wird vereinfacht und personalisiert: Gut gegen Böse (Clinton gegen Saddam Hussein).“ Und wenn vereinfachen nicht gehe, werde weggelassen.

Verzicht auf Details

Uta Thofern versuchte, Wege aus dem Dilemma aufzuzeigen. Zusammenhänge müßten her- bzw. klargestellt werden. Dies erfordere Nachfrage und Recherche. Sie forderte den Ver-



Martin Wagner, früher Israel-Korrespondent der ARD und heute stellvertretender Nachrichtenchef des BR: „Katastrophen, Konflikte und Kuriositäten dominieren die Auslandsthemen.“

zicht auf lästige Details, die mehr verwirren als aufklären. Und gemeinsam mit Wagner warb sie für Kontinuität und gleichzeitige Zurückhaltung: „Auslandsthemen wirken als Aufmacher viel dramatischer, wenn sie nur selten ganz oben stehen.“

Michael Schröder

Die gesamte Tagung wird von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, ausführlich dokumentiert und ist ab Mitte April dort zu beziehen.

The Munich 1998 European Forum:

Europäische Einheit „spielerisch“ verwirklicht

Studenten schlüpfen in die Rolle von Diplomaten bei EU und NATO

Die Europäische Währungsunion ist beschlossene Sache, und elf Staaten der Europäischen Union werden ab 1. Januar 1999 daran teilnehmen - dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Simulation internationaler Verhandlungen „The Munich 1998 European Forum“, die im Januar 1998 in der Akademie stattfand.

Über 50 Studenten aus 17 verschiedenen Nationen (Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Israel, Jordanien, Palästinensische Autonomiegebiete, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Tschechien, Ukraine, Ungarn, USA) übernahmen jeweils die Rolle eines offiziellen Vertreters der in den simulierten Gremien vertretenen Staaten.

schon zum drittenmal fortgeschrittenen Studenten aus den Fachbereichen Politikwissenschaft, Jura sowie Volkswirtschaftslehre nach Tutzing ein. Die vier simulierten Komitees wurden von Mitgliedern der GFMUN e.V. inhaltlich vorbereitet und auch geleitet. Die Konferenzsprache war Englisch. Im Europäischen Rat kamen die Staats- und Regierungschefs

50 Studenten aus 17 Nationen stritten realitätsnah über Währungsunion und Massenarbeitslosigkeit in Europa.



ten. Dieses Rollenspiel (in der Fachsprache würde man weniger von „simulation“ als von „gaming“ sprechen) dient nicht nur dem Erlernen und Einüben von Verhandlungstechniken; es hat auch und vor allem zum Ziel, den Sinn von Verhandlungen, oder besser: von Kompromissen auf internationaler Ebene zu vermitteln sowie am praktischen Beispiel einen vertieften Einblick in die an der Universität erworbenen theoretischen Kenntnisse zu gewähren.

Zu diesem Zweck luden die Veranstalter (neben der Akademie für Politische Bildung in Tutzing der Lehrstuhl für Völkerrecht der LMU München, das International Relations Department der Hebrew- University in Jerusalem sowie der unabhängige Verein GFMUN e.V. (München) nun

der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zusammen, um über die Währungsunion, die Konvergenzkriterien, die Rolle und Stellung der künftigen Europäischen Zentralbank sowie über das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Europa zu diskutieren und konkrete Beschlüsse zu fassen.

Folgen der Ost-erweiterung

Im COREPER, dem Rat der ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten, standen weniger die „großen Themen“ als vielmehr die technischen Details der notwendigen institutionellen Reformen als Folge der Osterweiterung der Europäischen Union auf der Tagesordnung.

Ebenfalls mit den Folgen der Ost-erweiterung, insbesondere mit deren

Auswirkungen auf das Verhältnis zu Rußland, beschäftigte sich der NATO-Rat. Darüber hinaus mußten die Staatenvertreter über die Zukunft des SFOR-Einsatzes im ehemaligen Jugoslawien entscheiden.

Herausforderungen

Und schließlich verfolgte das Europäisch-Mediterrane Gipfeltreffen das Ziel, den in Barcelona begonnenen Dialog inhaltlich und auch strukturell weiterzuentwickeln. Diese Aufgabe stellte eine umso größere Herausforderung dar, als nicht nur der Nahost-Friedensprozeß ins Stocken geraten ist; denn auch die Algerienkrise verlangt nach neuen Lösungswegen.

Professionellen Rat und Beistand bei der Ausarbeitung ihrer Verhandlungspositionen und -strategien erhielten die Teilnehmer in Vorträgen und Diskussionen: Bernhard Brantl von der Panropa Union wies während seines Referats mit anschließender Diskussion auf die entscheidende Bedeutung des politischen Willens hin, soll der Europäischen Union im Hinblick auf Währungsunion und Ost-erweiterung ein dauerhafter Erfolg beschieden sein.

Kontroverse über EURO

Die Wichtigkeit der politischen Dimension im Europäischen Einigungsprozeß - jenseits aller ökonomischen Argumente - zeigte sich in aller Deutlichkeit und Schärfe während des anschließenden Vortrags von Prof. Dr. Wilfried Schulz von der Universität der Bundeswehr in München, der ein dezidierter und profiilerter Euro-Gegner ist. Denn seine auf rein ökonomischen Gesichtspunkten aufgebaute Argumentation veranschaulichte, daß nur die Bereitschaft zu supranationaler Politik auch die potentiellen ökonomischen Vorteile einer vertieften Integration zu realisieren vermag.

Eine Politik also, die etwa den Euro mit „national“ökonomischen Gründen zu rechtfertigen sucht, ist schon im Ansatz verfehlt und den Einigungsbemühungen sowie der Einigungsbereitschaft der Bürger schädlich. Denn diese Bereitschaft ist zunächst eine Wertentscheidung.

Nationale Befindlichkeiten

Wie unterschiedlich die grundsätzlichen Positionen etwa zu den verschiedenen Aspekten der Europäischen Einigung sein können, trat in der Podiumsdiskussion zu Tage, an der nicht nur Prof. Dr. Schulz, sondern auch Ms Axworthy (1. Botschaftssekretärin der Britischen Botschaft in Bonn), und Dr. Sandford (Vize-Konsul der USA in München) teilnahmen. Über zwei Stunden lang hatten die Studenten Gelegenheit, nach den Hintergründen und dem aktuellen Stand der zur Zeit bei EU und NATO geführten Verhandlungen, aber auch nach den nationalen Befindlichkeiten zu fragen, um besser einschätzen zu können, wie realistisch ihr eigenes Verhalten und ihre eigenen Verhandlungspositionen in den simulierten Komitees waren.

Erfahrungen und Identitäten

„The Munich 1998 European Forum“ war ein Erfolg, nicht nur weil schon ein flüchtiger Blick auf die verabschiedeten Resolutionen zeigt, daß die Teilnehmer sehr gut mit den Interessen „ihrer“ Länder vertraut waren. Vielmehr gewannen die Studenten die Erkenntnis, daß eben diese Interessen keine völlig objektive Natur besitzen, sondern immer erst vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Erfahrungen und Identitäten formuliert werden. Erst diese Einsicht in die Relativität der eigenen Position schafft den Raum für Kompromisse, ohne die Vielfalt auf der einen Seite und gemeinsame Ziele auf der anderen nicht miteinander in Einklang gebracht werden können.

Marcus Ehrenwirth



Europäische Einheit als Wertentscheidung: Deutliche Unterschiede traten in der Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Winfried Schulz (Hochschule der Bundeswehr, München), Ms Axworthy (Britische Botschaft, Bonn) und Dr. Sandford (US-Vizekonsul, München) zutage.

Politik auf dem Prüfstand

Junge Journalisten trainieren Interviews



Probleme und Konsequenzen kommunaler Bürgerentscheide und der Große Lauschangriff - das waren nur zwei Themen eines Interviewtrainings für junge Journalisten, das in Zusammenarbeit mit dem „Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau“ veranstaltet wurde. Gesprächspartner waren die Bürgermeister Günter Gerhard (Feldafing) und Peter Lederer (Tutzing), der Sprecher der Tutzinger „Seehof-Initiative“, Wolfgang Marchner, sowie der Fernsehjournalist und 2. Landesvorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbandes Thomas Morawski (Mitglied des Akademiebeirats), hier im Gespräch mit einer Teilnehmerin. Trainiert wurden die Nachwuchsjournalisten von der Hörfunkredakteurin Susanne Sturm vom MDR aus Leipzig und von der Hamburger Kommunikationstrainerin Barbara Berckhan.

Foto: Schröder

Über das Wirtschaftliche hinaus . . .

Kulturelle und politische Fragen im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz

Die Konferenz rührte am Nerv der gegenwärtigen Diskussion um die EU-Osterweiterung. Bislang wurde die außerökonomische Dimension des Themas und die Diskussion über eine gemeinsame europäische Vision sowohl in den EU-Mitgliedsstaaten als auch in den Beitrittsländern als zweitrangig vernachlässigt. Doch, und das wurde auf der Tutzinger Tagung ganz deutlich, brauchen die zum Tell labilen jungen Demokratien - und hier vor allem diejenigen, die in die „zweite Erweiterungsrounde“ geschickt werden - zukünftig eine spürbare und nicht allein ökonomisch determinierte Integrationsperspektive. Aber auch die EU-Mitgliedsstaaten müssen sich notwendigen Klärungsprozessen stellen. Nicht nur der gewählte Zeitpunkt für diese Tagung, kurz vor dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997, brachte es mit sich, daß offen und auch kontrovers über die politische und kulturelle Dimension der Erweiterung diskutiert wurde. Vielmehr haben die Organisatoren hervorragende Referenten gewinnen können und mit der Veranstaltung gezeigt, daß die Erweiterung der EU eine historische Herausforderung darstellt, für die es endlich auch einer Grundsatzdebatte über die politische und kulturelle Begründung bedarf. Die Tagung in Tutzing hat hierfür einen wichtigen Anfang gemacht.

Franz Lothar Altmann (*Südost-Institut München*) umriß in seinem Eröffnungsbeitrag zunächst die Entwicklung der Erweiterungsdiskussion. Seit 1993 stehe die Tür der Europäischen Union für beitreitwillige Länder offen. Mittlerweile haben zehn MOE-Länder in Brüssel einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union eingereicht. Die Europäische Kommission habe Mitte 1997 in der „Agenda 2000“ eine Stellungnahme zur Beitreitfähigkeit der assoziierten Staaten erarbeitet und auch Empfehlungen für den Beginn der ersten Runde der Beitreitsverhandlungen mit Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien ausgesprochen. Der Schwerpunkt der sog. Avis-Bewertungen der beitreitwilligen Länder durch die EU-Kommission habe dabei wirtschaftliche Kriterien umfaßt. Allein die Slowakei sei nicht allein nach ökonomischen Aspekten beurteilt, sondern vor allem aufgrund der dortigen politischen Verhältnisse negativ bewertet worden. Die Osterweiterung der EU, so Altmann, weise aber nicht nur wirtschaftliche Aspekte auf. In kultureller Hinsicht sei die Ermittlung gemeinsamer kul-

tureller Werte wichtig. Es zeige sich ein Spannungsfeld zwischen Re-Traditionalisierung in den Beitrittsländern auf der einen Seite, die sich in der Suche nach der jeweiligen nationalen Identität, der eigenen historisch-kulturellen Vergangenheit, darlege, und einer Europäisierung der Lebenswelten auf der anderen Seite. Altmann schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß sich nicht nur die beitreitwilligen Länder, sondern auch die EU-Mitgliedsstaaten anpassen müßten.

Positive Entwicklung in Litauen

Die Beitreitsperspektive Litauens wurde von der ehemaligen Ministerpräsidentin und amtierenden *Präsidentin des Litauisch-Europäischen Instituts in Vilnius, Kazimiera Prunskiene*, erläutert. Sie unterstrich die Bedeutung der EU-Integration aller drei baltischen Länder: „Denn sonst trennt uns auch die EU“. Gerade die Unterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland sei für Litauen wichtig. Prunskiene übte an der Agenda 2000 Kritik, ohne die tatsächlichen Versäumnisse Litauens im

Vier Veranstalter kooperierten bei dieser internationalen Konferenz, die auf ein reges Interesse stieß: Die Akademie für Politische Bildung/Tutzing, die Evangelische Akademie/Tutzing, das Südost-Institut/München und die Südost-europa-Gesellschaft/München. Zudem wurde die Tagung vom Programm der Europäischen Union „Giving a Soul to Europe“ gefördert.

Wir bringen die gekürzte Fassung des Tagungsberichts von Frau Johanna Deimel, Südost-europa-Gesellschaft, der komplett in Heft 1/1998 der Südost-europa-Mitteilungen der Südost-europa-Gesellschaft erscheinen wird.

ökonomischen Bereich zu erkennen. So habe der Avis keine grundsätzlichen Mängel hinsichtlich der politischen Faktoren angemerkt. Allerdings sei kritisiert worden, daß das Justizwesen noch nicht ausreichend reformiert worden sei und in Litauen noch immer die Todesstrafe gelte. Wirtschaftlich müsse Litauen noch zahl-



**Kritik an der Agenda 2000:
Kazimiera Prunskiene**

reiche Probleme lösen. Zwar würden in Litauen bereits 68 % des BIP vom Privatsektor erwirtschaftet, die Privatisierung großer Staatsbetriebe stehe jedoch noch aus. Laut einer Umfrage

nehmen 53 % der Litauer eine neutrale, 25 % eine positive und 12 % eine negative Haltung gegenüber der EU ein. Die Einstellung gegenüber der NATO sei mit 30 % positiver und 12 % negativer Haltung eindeutiger. Trotzdem, so Pruskiene, müsse der Enthusiasmus, den die Litauer hinsichtlich einer EU-Integration zeigen, weiter motiviert und durch ein spezielles Informationsprogramm über die EU gestärkt werden.

Der nächste Tagungsteil stand unter der Fragestellung: „Zurück nach Europa?“ und sollte Werte und Wertewandel thematisieren. **Peter Hampe von der Politischen Akademie** wies in seiner Einführung darauf hin, daß nach der gewaltsamen Teilung durch den Zweiten Weltkrieg und den anschließenden Kalten Krieg zwischen den europäischen Ländern, die vorher viel gemeinsam gehabt hätten, eine gewaltsame Trennung erfolgt sei. Jetzt stelle sich die Frage „wohin zurück?“, da sich ja auch die westeuropäischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Einerseits werde die Situation von einem Spannungsfeld zwischen gemeinsamen Werten und kulturell-religiöser Vielfalt geprägt, andererseits von einem markanten langfristigen Wertewandel.

Wertewandel

Liviu Muresan von der Eurisc Stiftung in Bukarest erläuterte, welche Indikatoren den Wertewandel beeinflussen und entsprechende Einstellungen konstituieren. Bis in die späten 40er Jahre habe ein Wertesystem existiert, das als das jeweils eigene eines Landes charakterisierbar war. Nach 1947 seien durch den Warschauer Pakt und den RGW in den MOE-Staaten neue Realitäten entstanden, die eine Veränderung der Verhaltensformen hervorgerufen und neue Wertmaßstäbe von außen gesetzt haben. Nach 1989 ließe sich, so Muresan, ein partielles Zurück zu den alten Wertesystemen erkennen, wobei aber gleichzeitig westeuropäische Werte auf die Gesellschaften einwirken. „Wir haben plötzlich festgestellt, daß alte und neue Risiken existieren, wie z.B. Umweltverschmutzung, illegale Migration, organisiertes Verbrechen und Finanzkrisen, Budgetrestriktionen, soziale Probleme und Korruption.“

Kulturelle Muster

Miklós Tomka von der Universität Budapest stellte als osteuropäischer Repräsentant in der Europäischen Wertekommission die Ergebnisse einer langjährigen soziologischen Untersuchung vor. Beginnend mit der These von Samuel Huntington, daß es kulturelle Muster und Differenzen gebe, die in beträchtlichem Maße historisch verankert seien, stellte Tomka drei in Europa identifizierbare Ebenen vor, die gemeinsame Werte konstituieren. Die erste zeigte sich in der christlich-religiösen Dichotomie zwischen Diesseits und Jenseits, aus der sich eine irdische Verantwortung und lineare Geschichtlichkeit ergebe. Das

sen: Zum „modernen Osteuropa“ gehören die baltischen Staaten, die ehemalige DDR, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. In die Kategorie des „traditionellen Osteuropa“ passen nach der Studie Rumänien, Bulgarien, Polen, Russland und Weißrussland. Die europäische Wertestudie habe in den Ländern untersucht, ob es in Europa Reste oder Ansätze eines Wertesystems gebe, die auf einen Grundkonsens stoßen. Die Antwort sei eindeutig gewesen. Die einheitlichen Werte basieren auf der christlichen Tradition. Es bestehe jedoch, wie Tomka darlegte, ein „erschütternder Bruch zwischen zwei Generationen“, der sich in Ostmitteleuropa stärker auspräge als im



(v.l.n.r.): Martin Held (Evangelische Akademie Tutzing), Franz-Lothar Altmann (Südost-Institut München), Monika Wohlfeld (WEU, Paris), Erhard Busek (ehem. Vizekanzler, Wien) und Peter Hampe (Politische Akademie, Tutzing)

Foto: Lensing

Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, die zweite Ebene, habe durch die rechtsphilosophischen Diskurse zu einer Trennung zwischen beiden Elementen geführt und somit das Individuum von heute begründet. Durch die dritte Ebene, nämlich durch die Trennung zwischen Religion und Politik, sei Europa zur Wiege des subsidiär geordneten Pluralismus geworden, wobei dieser letzte Punkt für die westeuropäische christliche Entwicklung, nicht aber für den orthodoxen Raum gelte. Daran anschließend ging Tomka der Frage nach, ob es ein Fundament in der Kultur und in den Gesellschaften gebe, auf das heute aufgebaut werden könne. Er stellte hierfür die Ergebnisse der Wertekommission vor, die eine Welt-Werte-Studie erarbeitet habe. Demnach würden sich bezüglich der MOE-Staaten folgende Kategorien bilden las-

„traditionellen Osteuropa“. Denn während die Generation, die bis 1945 noch ein ungeteiltes Europa erlebt habe, sich „europäisch“ gebe, würden in der jüngeren Generation einerseits amerikanische Werte dominieren und andererseits eine Distanz zur europäischen Kultur und Geschichte aufgebaut.

Das nächste Panel widmete sich politischen und rechtlichen Fragen der Osterweiterung. Mit **Markus Jaeger** (stellv. Leiter der Monitoring Unit des Generalsekretärs des Europarats) war es gelungen, einen herausragenden Referenten des Europarats zu gewinnen, der allerdings betonte, im Rahmen dieser Veranstaltung nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Europarat habe eine weitreichende Kompetenz. Allerdings habe er sich - im Gegensatz zur Europäischen Union - aus dem wirt-

schaftlichen Bereich zurückgezogen und keine Verteidigungsaufgaben. Der Europarat diene der zwischenstaatlichen Kooperation und werde auf Antrag tätig, sei jedoch eine „alte, arme, und kleine“ Organisation. Zwischen 1990-1997 seien 16 MOE-Staaten in den Europarat aufgenommen worden. Die Ausnahme bilden Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro, da sie bislang nicht den geforderten Standards entsprechen würden. Außer der Russischen Föde-



Markus Jaeger: Oft delikate Situationen für den Europarat

ration haben alle anderen 15 MOE-Staaten die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert. Wie weit der Tätigkeitsbereich des Europarats reiche, zeige sich auch darin, daß die transkaukasischen Länder Armenien, Azerbaidschan und Georgien, die seit 1996 einen speziellen Gaststatus haben, in den Europarat aufgenommen werden sollen, und Kanada, die USA und Japan einen Beobachterstatus beim Europarat einnehmen. Bei der Ist-Aufnahme der EU-Beitrittskandidaten würden in den Konsultationen auch Aspekte herangezogen, die über das Wirtschaftliche hinausgingen. Seitens der EU würde daher der Europarat nach einer Einschätzung gefragt, wodurch für den Europarat oftmals eine „delikate“ Situation entstünde. Dabei müsse bedacht werden, daß von den Ländern die Einhaltung von Prinzipien verlangt würde, die auch von den eigenen Mitgliedstaaten des Europarats nicht hinreichend befolgt würden. Doch sei es manchmal besser, ein Land aufzunehmen und hierdurch zumindest eine Einflußnahme

zu versuchen, als diese Möglichkeit außer acht zu lassen. Oftmals seien für die Aufnahme in den Europarat auch wirtschaftliche und / oder sicherheitspolitische Fragen bedeutsam gewesen. Die Erfahrung habe aber gezeigt, daß eine tatsächliche Kontrolle über die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten im Rahmen der bisherigen Organisationsstruktur des Europarates sehr schwierig sei und langwieriger Prozesse bedürfe. Deshalb habe der Europarat vor kurzem eine „Monitoring Unit“ geschaffen, bei deren Konsultationen die Teilnehmerländer einer absoluten Geheimhaltung unterliegen. In diesem Gremium sei es möglich, Mißbrauch und Mißstände direkt anzusprechen, ohne daß sich das betreffende Land öffentlich brüskiert fühle und sich in rein verbalen Absichtserklärungen ergehe. Jaeger sah in dieser Initiative eine gute Möglichkeit, um eine bessere Durchsetzung der demokratischen Prinzipien und der Menschenrechte zu erreichen. Wie schwierig es ist, Menschenrechte und Minderheitenrechte zu definieren, versuchte Frau *Anneli Ute Gabanyi* vom Südost-Institut in München aufzuzeigen. Die Definition dieser Kriterien sei nicht einheitlich, ihre Bewertung nicht selten politisch beeinflußt. Daraus könnten sich Probleme ergeben. So verlange die Minderheitenpolitik der Europäischen Union beispielsweise, daß die Beitrittsländer „keine ethnischen Probleme mitbringen“. Zugesetzt hieße



Anneli Ute Gabanyi: Probleme mit den Menschenrechten

das, so Gabanyi, daß diejenigen Länder, die ihre Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben, deportiert oder assimiliert hätten, eine positivere Einschätzung erfahren würden als andere Staaten, wo Minderheiten bis heute überlebt und ihre Sprache und Identität bewahrt hätten. Auch bei den Menschenrechten ergeben sich unterschiedliche Perzeptionen, da z.B. in den meisten Staaten der Dritten Welt und in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas die sozialen Rechte einen ganz anderen Stellenwert einnehmen, als dies im Westen der Fall sei.

Revolution durch Institutionen

Ferenc Mádl, ehemaliger ungarischer Kultusminister, betonte u.a., daß die wahre Revolution in den neuen Demokratien durch die Institutionen erfolgt sei. Neue demokratische Verfassungen mit der Gewährung der Grundrechte, freien Wahlen, demokratischen Parteistrukturen und der Einführung der Vertragsfreiheit haben den Ländern nach der Auflösung des RGW und des Warschauer Paktes die Möglichkeit gegeben, Mitglied im Europarat, der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD), der CEFTA zu werden und eigene bilaterale Abkommen zu schließen. Es sei, wie Mádl bemerkte, nachgerade eine „Rechtschaffungswut“ entstanden, die eine große Verantwortlichkeit für die Zukunft bedeute. So seien zwar in Ungarn die Institutionen im großen und ganzen vorhanden, doch zeigten sich in der Verwirklichung auch Rechtskulturkrankheiten. Der Mißbrauch der Macht im Bereich der Medien, die noch nicht erfolgte Regelung hinsichtlich der Unvereinbarkeit von öffentlichen Ämtern und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten, sowie Korruption und ein steigendes Maß an erkennbarem moralischem Defizit, seien hierfür ernstzunehmende Symptome.

Auch **Dieter Pfaff** von der Universität München wies auf die ungeheure Prozeßdynamik im Bereich des Rechts hin. Ein besonderes Problem sei es, daß die Rechtsangleichung der EU-assoziierten Länder sie dazu zwinge, ihr eben neu geschaffenes na-

tionales Recht dem neu geschaffenen europäischen Recht anzugeleichen. Dennoch seien, was die Gesetzeslage insbesondere im Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht anbelange, mittlerweile westliche Standards erreicht worden. Juristen aus den Beitrittsländern und deren westliche Kollegen hätten zudem erkannt, daß sie der gleichen Rechtsfamilie entstammten, so daß ein „Zurück nach Europa“ keine grundlegenden Probleme aufwerfe. Im Gegensatz dazu habe sich z.B. bei der Entwicklung des russischen Handels- und Zivilrechts gezeigt, daß sich die fehlende römische Rechtstradition hierbei negativ auswirke und zusätzliche Schwierigkeiten aufwerfe. Allerdings sei das Verhalten der

Schutz der nationalen Minderheiten diskutiert. Das meist zitierte Beispiel und die meiste Kritik beträfe die Slowakei. Seit dem Frühjahr 1997 würden in der Slowakei keine zweisprachigen Schulzeugnisse mehr ausgestellt. Im September 1997 habe der Vorschlag eines „Bevölkerungsaustausches“ des slowakischen Ministerpräsidenten, Vladimír Mečiar, den

Mitgliedstaaten mit der entscheidenden Frage konfrontiert, wie mit dem „Phänomen Rußland“ umgegangen werden soll. Eine große Chance, die sich aus der europäischen Einigung ergebe, bestehe darin, daß jetzt nicht mehr vom „evil empire“, wie Ronald Reagan die Sowjetunion tituliert hatte oder von einer Teilung in „good and bad guys“ gesprochen werden könne.

„Zum Selbstverständnis Rußlands: mögen es Nostalgiker des alten Sowjetimperiums sein, oder nicht: Rußland wird sich kaum als ein Teil des europäischen Integrationsprozesses verstehen, sondern als selbständige Entität, die sich durchaus - und das ist das Ergebnis einer langen imperialen Tradition - als eine Supermacht versteht. Geschwächt momentan und vielleicht mißverstanden, aber ich glaube, daß die Auseinandersetzung mit Rußland ein ganz entscheidendes Thema in der Zukunft sein wird.“ *Erhard Busek*



Dieter Pfaff: Zurück nach Europa schafft keine Probleme
Fotos: Kühbauch

Bevölkerung in den Reformländern gegenüber dem Recht noch unverändert. Unabhängig davon, wie gut und modern das neue Recht sei, es werde immer versucht, dieses zu umgehen. Um dem Problem des Rechtsnihilismus zu begegnen, müßte eine Überzeugungsarbeit dahingehend geleistet werden, daß die Einhaltung des Rechts für die Bevölkerung selbst von Nutzen ist.

Minderheitenrechte

Jens Bastian (*London School of Economics*) beschäftigte sich u.a. am Beispiel der Minderheitenpolitik mit der Frage des Pluralismus in den ost-europäischen Staaten. Ende November 1997 wurde auf der OSZE-Konferenz in Warschau vor allem der

er seinem ungarischen Kollegen offeriert hatte, für Aufregung gesorgt. Als ein positives Gegenbeispiel hob Bastian die ungarisch-rumänischen Beziehungen und die Regelungen der Minderheitenfrage hervor. Seit der neuen rumänischen Regierung unter Victor Ciorbea würde ein tiefgreifender Wandel in der Minderheitenpolitik des Landes angestrebt. So habe die rumänische Regierung zwei Vertreter der Partei der ungarischen Minderheit in ihr Kabinett eingeladen und die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation mit Ungarn in Angriff genommen.

Neues Friedenskonzept

Im Schlußteil der Konferenz ging der ehemalige Vizekanzler der Republik Österreich, *Erhard Busek*, jetzt Präsident des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, der Frage nach, was die bisherigen EU-Staaten durch die Osterweiterung gewinnen. Ausgehend von dem Gedanken, daß es seit 1989 Europa überhaupt erst wieder gebe, müsse jetzt dieses Europa wieder erkannt werden. „Wir haben die Veränderungen, welche die Politik in die Geographie gebracht hat, noch nicht bewältigt“. Die gesamteuropäische Verantwortung berge auch eine moralische Kategorie in sich, die ebenso eine nachbarschaftliche Verantwortung bedeute. Durch die Erweiterung würden die bisherigen EU-

Die bipolare Welt sei durch eine polyzentristische abgelöst worden, die ein neues Friedenskonzept brauche. Außerdem werde mehr europäische Phantasie gefordert sein, die durch den Beitritt der MOE-Staaten eine fruchtbare Anregung finden kön-



Erhard Busek: keine Gefährdung des Wohlstands durch die Erweiterung

ne, da bislang noch kein Land, das aus der slawischen Tradition komme, Mitglied in der EU sei. Den oft geäußerten Ängsten in der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten, daß durch die Erweiterung eine wirtschaftliche Gefährdung des Wohlstandes eintreten könnte, begegnete Busek mit anschaulichen Beispielen aus Österreich. So seien weder durch den EU-Beitritt Österreichs die österreichischen Baustellen von portugiesischen

Arbeitern überrollt worden, noch 10 Millionen Russen in die Alpenrepublik gekommen. Busek ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die EU-Mitgliedsstaaten mit den Einkommensunterschieden in Ost und West konfrontiert werden. Die sich hieraus ergebenden Spannungselemente müßten langfristig abgebaut werden und zu einer Reduktion der regionalen Unterschiede führen.

„Europa eine Seele geben“

Die Agenda 2000 habe die langfristige Anhebung des Lebensstandards in den MOE-Beitrittsländern als richtige Strategie angeführt. Der EU-Beitritt der MOE-Staaten zwinge außerdem die EU zur institutionellen Reform. Aus seiner Erfahrung, die Busek im Rahmen der Southeast-European Cooperation Initiative (SECI) gesammelt habe, könne er sagen, daß die Zusammenarbeit mit den USA weit unkomplizierter verlaufe als mit den Vertretern in Brüssel. Als problematisch erachtete Busek, daß trotz der Absichtserklärungen noch immer keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU Gestalt annehme. Es bestehe ein Zwang zum Regionalismus. Busek mahnte zum Abschluß seiner Ausführungen an: „Man muß darüber nachdenken, was Europa bedeutet und Europa die Seele geben“. ■

Beim abendlichen Empfang richteten nach den Begrüßungsworten durch die Veranstalter der Gesandte der bulgarischen Botschaft in Bonn, Emil Mintschev, der polnische Konsul Piotr Golema, der ungarische Konsul Zsolt Bota, sowie der tschechische Konsul, Milan Dufek, Grüßworte an die Konferenzteilnehmer. Sie unterstrichen die Bedeutung der Konferenzthematik als auch die Beitrittsperspektiven aus der Sicht ihrer Staaten.

Die Referenten

Dr. Martin Brusis, CAP, Universität München
Prof.Dr. Jozef Mencinger, Universität Ljubljana, Wirtschaftsminister a.D.
Prof. Dr. Kazimiera Prunskienė, Präsidentin Litauisch-Europäisches Institut, Ministerpräsidentin a.D., Vilnius
Prof. Dr. Liviu Muresan, Präsident Eurisc Stiftung, Bukarest
Prof. Dr. Miklós Tomka, Universität Budapest
Markus Jaeger, stellv. Leiter der Monitoring Unit des Generalsekretärs des Europarats
Dr. Annely Ute Gabanyi, Südost-Institut, München
Prof. Dr. Ferenc Mádl, Eötvös Loránd Universität, Kultusminister a.D., Budapest
Prof. Dr. Dr. Dieter Pfaff, Universität München

Dr. Jens Bastian, London School of Economics, London
Prof. Dr. Jaroslav Jaks, Hochschule für Ökonomie, Prag
Dr. Juraj Alner, Präsident der slowak. Sektion der Vereinigung Europäischer Journalisten, Bratislava
Dietrich Schlegel, Leiter Abt. Südost-europa, Deutsche Welle, Köln
Dr. Erhard Busek, Präsident des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa und vormals Vizekanzler der Republik Österreich, Wien
Dr. Monika Wohlfeld, Forschungsinstitut der WEU, Paris
Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing
Prof. Dr. Jerzy Holzer, Akademie der Wissenschaften, Warschau
Dr. Emil Mintschev, Gesandter der Botschaft der Republik Bulgarien, Bonn



Karikatur: Fuchs
aus: taz

Abschied von der Kameralistik

Finanznöte zwingen Gemeinden zum Wettbewerb

Die finanzielle Auszehrung der deutschen Städte und Gemeinden ist chronisch geworden. Kommunalpolitiker beklagen, daß gesamtgesellschaftliche Kosten wie „Neue Armut“, Arbeitslosigkeit und Migration in erster Linie den Kommunen aufgebürdet würden. Ist die grassierende Finanznot, welche einzelne Gemeinden bereits unter die Kontrolle der Kommunalaufsicht zwingt, eine indirekte Unterhöhlung der kommunalen Selbstverwaltung und damit eines Grundpfeilers der politischen Ordnung? Um diese Frage zu beantworten, hatte die Akademie prominente bayerische Kommunalpolitiker zu einem Studientag in Landshut eingeladen.

Vielerorts zwingen die leeren Kassen zu einem „Kunstwerk aus kreativen Einsparungen und unkonventionellen Einnahmen“ (DIE ZEIT). Dies wurde im Vortrag von Willi Schmöller, Oberbürgermeister der Stadt Passau, deutlich. Das „Unternehmen Stadt Passau“ sei eine umfassende Reform, die gemeinsam mit den Bürgern unter dem Grundsatz „Betroffene zu Beteiligten machen“ angegangen worden sei.

Verwaltung als Dienstleister

Auf der Grundlage einer Bürgerbefragung wurde in Gesprächskreisen, denen alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Parteien angehörten, eine Reihe von Einzelmaßnahmen entwickelt, um die Verwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umzuwandeln. Dadurch sei eine Reform in Gang gesetzt worden, deren neues Steuerungsmodell im Kern dem „Tilburger Modell“ vergleichbar sei: Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung als übergeordnete Leitlinie, Delegierung von Personal, Beschaffung oder auch Gebäudeunterhalt auf die einzelnen Dienststellen. Die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Stellen, so Schmöller, hätte innerhalb kürzester Frist zur Verringerung der Ausgaben geführt und zu einer Servicementalität, die den Bürger nicht mehr „als Störenfried“ betrachte. Eine andere Zielsetzung der Stadt Passau ist es, Dienstleistungen als Produkte zu definieren und diese mit Hilfe der kaufmännischen Buchfüh-

rung transparent zu machen. Herbert Gruber, Personal- und Organisationsreferent beim bayerischen Gemeindetag hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung interkommunaler Leistungsvergleiche hervor. Die Füh-

schnittlichen Energiekosten für Kindergärten eine Spanne von 8 bis zu 50 Mark pro Quadratmeter. Vergleichsringe einzelner Städte und Gemeinden, wie das „IKO Netz“, könnten nicht nur die Kostenseite, sondern auch Qualitätskriterien wie die Erfüllung des Leistungsauftrags, die Kundenzufriedenheit und die Mitarbeiterzufriedenheit berücksichtigen.

Ist damit die „heilige kameralistische Buchführung“, eine der Grundsätze der kommunalen Finanzverfassung, bereits am Ende ihrer Existenzberechtigung angelangt? Gruber und Schmöller waren sich letztlich darin einig, Effizienzsteigerung und eine Verbesserung der Leistungen nicht über eine „Nabelschau“ erzielen zu können, sondern nur über einen „künstlich geschaffenen Markt“. Angesichts des voraussehbaren Konkur-



Graphik: Globus (G4341)

rungskräfte der kommunalen Verwaltungen und Betriebe sollten ebenso wie in der Privatwirtschaft ständig die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kommune verbessern. Gruber zitierte überraschende Ergebnisse eines Vergleichs von Gemeinden mit durchschnittlich zehntausend Einwohnern. So ergab sich z.B. bei der Ermittlung der durch-

renzkampfs zwischen den Städten und Gemeinden Europas sei die kaufmännische Buchführung das geeignetere Instrument für den Wettbewerb.

Christian Kühlbauch

Gemeinden brauchen eine Steuerreform

Von Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut

Was können die Städte und Gemeinden und mithin die Kommunalpolitik beitragen, um den Übergang in die Wissensgesellschaft zu erleichtern? Neue Technologien verstärken die seit längerem bekannten Trends in der Stadtentwicklung, die Telekommunikation, also die jederzeitige Verfügbarkeit des Wissens an nahezu jedem Ort, verringert sowohl für Betriebe wie auch für private Haushalte die Gebundenheit an bestimmte Standorte. Sie begünstigt die sogenannte Suburbanisierung, den Auszug der Mittelschichten aus der Stadt und lockert auch die Abhängigkeit der Betriebe vom Standort Stadt.

Aus der Sichtweise eines Stadtplaners erzeugt dies das altbekannte Problem der zunehmenden Verflechtung der Stadt mit ihrem Umland. Am leichtesten wird dies begreifbar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Zahl der Arbeitsspendler, der Ausbildungsspendler, der Einkaufsspendler, der Freizeitpendler und der Kulturpendler zwischen Stadt und Umland zugenommen hat.

„Burgfrieden“ heute ohne Bedeutung

Die Lebensweise einer städtischen Gesellschaft lässt sich immer weniger in dem Raum abilden, der durch den „Burgfrieden“ - ein ehrwürdiger Begriff für die Verwaltungsgrenze einer Stadt - umschlossen wird. Deshalb müssten wir schon heute auf dem Wege sein, die Auswirkungen dieser Verflechtungen auf interkommunaler Ebene aufzufangen. Dazu gehörte beispielsweise eine interkommunale Abstimmung der Planung, für die uns der Gesetzgeber mit dem neuen regionalen Flächennutzungsplan ein Instrument an die Hand gegeben hat, und ein fairer Ausgleich bei den finanziellen Beziehungen zwischen Stadt und Umland.

Die kommunale Selbstverwaltung steht und fällt mit den kommunalen Finanzen, aber die finanzpolitischen

Gestaltungsspielräume der Kommunen schwinden von Jahr zu Jahr. Zum siebten Mal in Folge weisen die bayerischen Kommunen einen negativen Finanzsaldo auf und diese Entwicklung setzt sich fort. Schon im ersten Halbjahr 1997 fehlten in den Kassen der bayerischen Städte und Gemeinden 1.625 Milliarden D-Mark. Ursache dieses Desasters ist eine Steuergesetzgebung, die so viele Ausnahmen und Befreiungen vorsieht, daß geschickt rechnende und investierende Einkommensmillionäre steuerfrei bleiben können, daß international agierende Konzerne nur noch unbedeutende Beiträge an den deutschen

ganz entziehen können. Wie können Aufgabenverantwortung und Finanzverantwortung in Einklang gebracht werden? In einem ersten Schritt geht es darum, daß bei jedem Gesetzentwurf die voraussichtliche Kostenbelastung für die Kommunen angegeben wird. Dann müßte schon im Ministerrat, im Senat und spätestens im Landtag auch darüber nachgedacht werden. Wir fordern letztlich, daß das sogenannte Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung verankert wird. Nach dem alten bayerischen Grundsatz „wer anschafft, zahlt auch“, muß der Staat ausreichende Mittel bereitstellen, wenn er den Kommunen neue Aufgaben auferlegt. Die kommunale Wirtschaft, ein wichtiges Standbein der Daseinsvorsorge, steht kurz vor der Jahrtausendwende



Zeichnung: Tomaschoff

Fiskus abliefern müssen, weil sie ihre Gewinne ins Ausland verlagern. Will sich der Staat wirklich nur noch über die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Mineralölsteuer refinanzieren? Steuern, die vor allem den kleinen Mann treffen? Nein, die deutsche Wirtschaft, deren reale Steuerlast nach Untersuchungen des Adam-Smith-Institutes in London im untersten Bereich des EU-Durchschnitts liegt, muß wieder mehr Steuern bezahlen, dazu müssen die legalen Steuerschlupflöcher beseitigt werden. Deshalb fordere ich eine Mindestbesteuerung bei der Einkommenssteuer, damit auch Einkommensmillionäre sich der Steuer nicht mehr voll und

vor einem tiefgreifenden Umbruch. In den nächsten Jahren werden sich die Städte und ihre Stadträte in einem bisher so nicht bekannten Wettbewerb auf den Gebieten der Energieversorgung, der Telekommunikation und des öffentlichen Nahverkehrs behaupten müssen. Die sich ändernden rechtlichen Rahmenbedingungen können für die Kommunen dann eine Chance sein, wenn mit den im Wettbewerb erzielten Gewinnen einschließlich der Vorteile aus dem Querverbund und den Einnahmen aus der Konzessionsabgabe weiterhin die wichtigen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft mitfinanziert werden können. ■

Kommunale Selbstverwaltung bewahren

Die bayerischen Gemeinden im vereinten Europa

Von Senatspräsident Heribert Thallmair

Nach der Devise „Wer sich selbst hilft, dem hilft auch der liebe Gott!“ haben die bayerischen kommunalen Spitzenverbände Mitte 1995, als die Vorbereitungen zur EU-Regierungskonferenz 1996 angelaufen sind, in einer Europainitiative der bayerischen Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke vier Forderungen eingebracht, die wir auch in Brüssel der europäischen Öffentlichkeit vorgestellt haben.

- Die Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Vertragswerk der Europäischen Union.
- Eine Neuformulierung des Subsidiaritätsprinzips unter Einbeziehung der „lokalen Gebietskörperschaften“ - so die europäische Terminologie für Kommunen.
- Eine Stärkung des Ausschusses der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.
- Ein eigenständiges Klagerrecht für den Ausschuß zum Europäischen Gerichtshof.

Vertrag von Amsterdam für Gemeinden enttäuschend

Die drei zuletzt genannten Forderungen - Subsidiaritätsprinzip, Stärkung des Ausschusses der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und

das Klagerrecht - haben sich weitgehend mit den Vorstellungen der deutschen Länder gedeckt. Die Forderung nach einer Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im europäischen Vertragswerk hat letztlich Dank einer nachhaltigen Unterstützung durch den Freistaat Bayern die Zustimmung aller deutschen Länder gefunden. So ist es immerhin gelungen, daß wir Teile unserer Forderungen in der Bundesratsentschließung zur Vorbereitung der EU Regierungskonferenz 1996 wiederfinden.

Im Vertrag von Amsterdam 1997 ist das Ergebnis unserer Bemühungen dagegen schon spärlicher, ja ich meine sogar enttäuschend. So ist die Vorschrift über die Subsidiarität nicht geändert worden. Immerhin ist in einem dreiseitigen Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit dieses Prinzip als Richtschnur für

das Handeln der Gemeinschaftsorgane bestätigt und an mehreren Stellen auf die Verfassungsordnung, auf die Funktionsweise der Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten und auf die örtlichen Behörden Bezug genommen worden. Auch wurde der Ausschuß der Regionen ein wenig gestärkt. Ein Klagerrecht allerdings wurde ihm nicht eingeräumt. Zu einer Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts in den Europäischen Verträgen ist es nicht gekommen. Es ist auch bis heute nicht gelungen, deutlich zu machen, warum und weshalb die europäische Einigung zum Wohle und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist. In meinen Augen wird immer noch verkannt, welche Bedeutung die bürgerlichste politische Ebene, eben die Kommunen und hier im besonderen die Gemeinden und die Städte, für die Akzeptanz der europäischen Entscheidungen durch die Bürgerinnen und Bürger hat. 80 Prozent aller Gesetzgebungsmaßnahmen der Europäischen Union wirken sich direkt oder indirekt auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger aus. Ich vertrete die Auffassung, daß uns die Ergebnisse von Maastricht und Amsterdam nicht reichen können. Wir müssen daher unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union noch mehr Mitstreiter für eine kommunale Selbstverwaltung finden, die diesen Namen auch verdient. ■

Volksentscheid: Die Alternativen auf dem Prüfstand

Eine prominent besetzte Podiumsrunde erörterte die Gesetzentwürfe, die zur Reform der Verfassung, des Landtags und des Senats beim Volksentscheid Anfang Februar zur Abstimmung standen: Neben den Landtagsabgeordneten Manfred Weiß, Klaus Hahnzog und Sophie Rieger stritten der Münchner Verfassungsrechtler Hans Zacher, der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer und SZ-Redakteur Herbert Riehl-Heysse. Der Auffassung von Sontheimer „Der Senat taugt nichts!“ schlossen sich 69,2 Prozent an und schafften die Zweite Kammer ab. ■



Kontroverse Ansichten zum Volksentscheid am 8. Februar boten die Landtagsabgeordneten Sophie Rieger (B 90/Die Grünen), Klaus Hahnzog (SPD) und Manfred Weiß (CSU) (von links). Foto: Schröder

Leitbilder in der Revolution von 1848/49

von Prof. Dr. Wolfram Siemann, Universität München*

Wie bei den Intellektuellen und der Avantgarde der Opposition häufen sich auch in den Berichten der Gesandten und in den geheimen Stimmungsberichten der Metternichschen Geheimpolizei die Prognosen, eine gewaltsame Revolution stehe unmittelbar bevor. Als sie dann im Februar und März 1848 in ganz Europa ausbrach, war es für die Deutschen trotzdem eine unerhörte, alle Bevölkerungsschichten erschütternde Erfahrung: eine ungeheure Freisetzung gesellschaftlicher Energien.

Schon die Zeitgenossen versuchten aus dem Tumult des Gleichzeitigen innere Strukturen dieser Revolution herauszulesen, um sie deuten und beurteilen zu können. Aber erst die neuere Revolutionsforschung hat sich von den vielen Formen der Verdrängung, Vereinnahmung, Mythenbildung und Verhöhnung („tolles Jahr“) lösen können und sich weitgehend unvoreingenommen diesem komplizierten Handlungensemble zuwenden können. Man hat viele Dimensionen zu unterscheiden gelernt: Handlungsebenen, Trägerschichten, regionale Lebenswelten, überregionale Kommunikationsnetze, die wechselseitige Lähmung oder Steigerung der Revolutionsdynamik, ereignishaft Wendepunkte oder die Visualisierung von Revolution im Horizont der damaligen Medienvielfalt.

Vorübergehender Systemwechsel

Man ist sparsam mit dem Etikett von der „Bürgerlichen Revolution“ geworden, denn gemessen an der Masse ihrer Träger war sie keineswegs bürgerlich. Man muß sie von den Zielen her treffender staatsbürgerlich nennen, auch wenn immer wieder der Charakter als Revolution bezweifelt wird, weil sie angeblich nicht gewalhaft genug gewesen sei, kurzum: weil sie „vor den Thronen stehen geblieben war“, wie schon die Zeitgenossen sagten. Kein Zweifel herrscht darin, daß der Ausbruch der Revolution in den Märztagen ein Masseneignis ohne Beispiel in der deutschen Geschichte gewesen war, so tiefgreifend, daß er einen vorübergehenden Systemwechsel von den Kommunen über die Märzministerien in den Ländern bis hin zur

Begründung einer provisorischen Exekutivgewalt in Frankfurt bewirkte.

Plebeischer Protest

Die Revolution auf den Straßen, Plätzen und Barrikaden sah alle Schichten der Bevölkerung, aber in den Metropolen wie Berlin, Wien und Frankfurt, wo es zu Barrikadenkämpfen kam, trug die Revolution Züge eines sozialen Aufstands, getragen von den sozialen Unterschichten; durch den hohen Anteil der Gesellen und Lehrlinge nahm er teilweise auch den Charakter einer Jugendrevolte an. Schon frühzeitig kristallisierten sich zwei Protestkulturen heraus: eine bürgerliche und eine proletarische mit Unterschichtmentalität und spontaner Gewaltaftigkeit: der Aufstand der Unterschichten äußerte sich im Angriff auf Rentämter, Polizeidirektoren und standesherrliche Behörden, gegen die sich die Wut der Landbevölkerung richtete; sie äußerte sich in der Vertreibung von Bürgermeistern, verhaßten Beamten und Polizeidienern vor Ort, begleitet durch Katzenmusiken und andere Formen plebeischen Protests. Diese Revolution von unten hatte zugleich aber auch ihre friedliche Seite, denn nicht jede Versammlungstätigkeit war mit Protest und Gewalt verbunden, sondern vor den Rathausplätzen und in sorgfältig gesammelten Massenpetitionen äußerte sich der politisch disziplinierte und kanalisierte Wille in Gestalt der sogenannten Märzforderungen (Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Geschworenengerichte, deutsches Parlament). Man hat geradezu von einer „Versammlungsdemokratie“ gesprochen, welche Formen basisdemokratischer Politik aufwies. Und unverkennbar ist auch die Revolution als „Fest“, erkennbar an den vielen Fahnen, Farben, Kokarden,

Umzügen; Sonntage dienten nicht selten als bevorzugte Zeit, sich zu versammeln und neue Strategien zu entwickeln, um dem „Revolutionstag“ neue Impulse zu verleihen. Jede Kommune, die 1848 in Bewegung geriet, kann in ihrer Geschichte solche Ereignisse aufweisen. Das Hervorstechende war zunächst die Massenmobilisierung, im Fortgang der Aktionen offenbarte sich dann die je unterschiedliche Interessenlage der Beteiligten.

Die Massenmobilisierung des Revolutionsjahrs drängte zu Formen, sich zu verständern und zu organisieren. Dazu diente die Freisetzung des Vereinswesens. Im Vormärz waren Anläufe, Vereine „unpolitischer“ Art zu bilden, immer von der Genehmigung des Staates abhängig. Die Behörden betrachteten politische Vereine als potentiellen „Staat im Staat“ und hielten sie deshalb für unerwünscht. Durch Bundesbeschuß von 1832 galt sogar ein striktes Parteiverbot in ganz Deutschland. Tatsächlich aber äußerte sich in der Vereinsbildung nichts anderes als der Niedergang einer Welt, die von alten Ständen, Korporationen und Zünften geprägt war. Die Lösung der Zukunft hieß Parteien, Interessenvereine und Verbände, und jede Form erstrachte konsequent ihr eigene nationale Dachorganisation und einen Unterbau an Orts- und Landesvereinen.

Nationalitätenkonflikte

Manche Erscheinungen der Revolution werden im Hinblick auf die Nachgeschichte jedoch auch mit Skepsis wahrgenommen: die wirtschaftlich begründeten Ausschreitungen gegen die Juden im Revolutionsverlauf, die Flotteneuphorie angesichts weitreichender Parolen, auf den Weltmeeren präsent zu sein, die aufbrechenden Nationalitätenkonflikte, wo im Zweifelsfall für den eigenen Vorteil und nicht für das Selbstbestimmungsrecht votiert wurde, wie es im Umgang mit der Posenfrage geschah. Hier gilt es, Augenmaß zu bewahren und die Extreme nicht für das Ganze zu nehmen. Der Grundzug der Verständigung und des Kompromisses wog bei der Mehrheit der Handelnden 1848/49 im entscheidenden Fall stärker als der Wille zum Konflikt, zum fortgesetzten

*gekürzte Fassung

Barrikadenkampf oder zum Krieg. Als sichtbares Zeichen der Verständigung in der Zeit aufbrechender Nationalitätenkonflikte und der Kriege zwischen Völkern erscheint jener Verfassungsartikel der Frankfurter Reichsverfassung, der den nicht-deutschen Nationalitäten weitreichende Rechte der Selbstbestimmung gewährte. Er lautet: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, so weit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Verwaltung und der Rechtspflege.“ (Art.XIII, § 188).

Protest gegen Moderne

Gerade im Erinnerungs- und Jubiläumsjahr 1998 wird es mitunter schwerfallen, den vielen Beschwörungen des Erbes die Fremdheit der Revolution entgegen zu setzen, wie sie in ihren oft übersehnen oder ausgebündeten Tendenzen zum Ausdruck kam. Die Revolution war zu einem nicht unwesentlichen Teil Protest gegen die Herausforderungen der Moderne, welche hießen: Konkurrenz, Preisgabe an den Markt, Kapitalisierung des Bodens, Freie Niederlassung, Gewerbefreiheit, technische Innovation im Maschinenalter, Durchbruch der Industrialisierung in der arbeitsteiligen Gesellschaft. Es war der Protest, der hervorging aus einer noch ständisch geprägten Ordnung, gezeichnet von den Krisen des Pauperismus. Wie weitreichend und tiefgehend die gesellschaftliche Umwälzung eigentlich war, lernten die Zeitgenossen gerade in dem offenen Disput des Revolutionsjahrs, wo jeder seine Interessen laut kundzutun vermochte.

Errungenschaften

Die Revolution war andererseits ein politischer Emanzipationskampf, der neue Lösungen für die Herausforderung der neuen Zeit anstrebe: Demokratisierung des politischen Systems, politische Teilhabe durch Wahlen und Parteien, durch Parlamente und bürgerliche Regierungen, Interessenvertretung durch Verbände und Vereine, offene Artikulation von Interessen durch eine freie Öffentlichkeit in der Presse, Transparenz politischer Entscheidungen in Parlamenten und Magistraten, und dann vor allem Grundrechte für die Individuen, Verfassung für den Staat, und zwar für einen föderativen Bundesstaat, der das Eigenleben der Länder respektierte. Mit dem Föderalismus war ein Grundprinzip

Erinnerung festgesetzt. Vordergründig hatte in der Tat die Beharrungskraft der alten Eliten obsiegt. Die Revolution ist an der Vielzahl ihrer Probleme gescheitert, lautet die Deutung Thomas Nipperdeys, und schließt darin die Probleme der inneren Nationwerdung ebenso ein (z.B. Spaltung zwischen Liberalen und Demokraten) wie die Unlösbarkeit einer nationalstaatlichen Einigung unter einem gemeinsamen Dach von Österreich, Preußen und dem Dritten Deutschland der Mittel- und Kleinstaaten. Dem Scheitern stehen bleibende Erfahrungen gegenüber, zumal die gelernten Handlungsmuster und Politikinhalte. Die „Einübung in Demokratie“, der Verfassungsstaat und das Erlebnis einer nationalen Zugehörigkeit über alle Landschaften des Deutschen Bundes hinweg blieben hi-



*Mannheimer Barrikade am 26. April 1848 an der Brücke nach Ludwigshafen
Holzschnitt, Reiss-Museum der Stadt Mannheim*

der deutschen Geschichte anerkannt, das bis heute maßgeblich geblieben ist. Diese nur skizzierten Errungenschaften von 1848/49 wurden den Deutschen in der nachrevolutionären Reaktionsära erheblich gemindert. Deshalb hat sich der Eindruck des Scheiterns so nachdrücklich in der

historische Erinnerungen, kurzum „Erbe“, das sich wecken, das sich aber auch missbrauchen ließ. ■

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik wenige Monate später war ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte abgeschlossen, das sicherlich viele Möglichkeiten der Entwicklung barg, aber aus bereits früher geschilderten Gründen dann schließlich zur Teilung Deutschlands in zwei weltanschaulich, ökonomisch und machtpolitisch getrennte Staaten führte, auch wenn dies die politischen Akteure nicht wahrhaben wollten und die Zeitgenossen diese Zäsur nicht als endgültig empfanden. Als Provisorium gerechtfertigt, entwickelte die Bundesrepublik alsbald alle Merkmale eines Definitivums. Aber würde die eben erst installierte Demokratie auch gedeihen? 1949 war dies noch keineswegs sicher. Würden die westlichen Besatzungsmächte allmählich ihren Zugriff lockern und den neuen Staat mit allen Rechten der Sou-

Jürgen Weber (Hg.): Das Jahr 1949 in der deutschen Geschichte: Die doppelte Staatsgründung
Olzog Verlag, Landsberg am Lech, 1997, 414 S., DM 68,00



veränität ausstatten, oder würde er ein Unternehmen auf Widerruf bleiben? Die verantwortlichen Männer und Frauen in Bonn und in den Ländern jedenfalls wollten ihre Chance nutzen. Doch über die richtige Methode und den einzuschlagenden Weg war man sich keineswegs einig, und die kontroversen Auffassungen prallten entsprechend heftig aufeinander. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde mit der Volkskongressbewegung der Weg zur Staatsgründung der DDR beschritten. So war dieses Gründungsjahr reich an Dramatik der Ereignisse, an Konflikten zwischen den deutschen Politikern und den Besatzungsmächten und schließlich an weitreichenden politischen Entscheidungen, die unser aller Existenz bis zum heutigen Tage bestimmen. Diese nachzuzeichnen und zu analysieren, die wichtigsten Etappen und Probleme der inneren Entwicklung Deutschlands in jenen Monaten zu beschreiben, ist das Ziel dieser Darstellung.

Veröffentlichungen des Direktors und der Dozenten 1997

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreiter

Der bezahlbare Wohlstand. Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag (Mithg.), Landsberg 1997.

Medien und Demokratie. Ein Problem-aufuß, in: Karl Rohe (Hg.), Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft (= Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft Bd. 15), Baden-Baden 1997, S. 11-24.

Heurs et malheurs de la démocratie en Allemagne: l'après-guerre et l'unification, in: Dieter Gutzen (Hg.), Les conséquences de l'unification allemande, Paris 1997, S. 89-142.

Rechtserziehung, in: Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung, Bad Schwalbach 1997, S. 315-322.

Parlamentsverständnis, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, 2. akt. u. erw. Auflage, Paderborn 1997, S. 608-613.

„Fensterreden“ sind eine demokratische Tugend. Zum Verhältnis von Parlament und Öffentlichkeit, in: Das Parlament vom 12. September 1997, S. 3.

Wie der Offene Kanal in Bayern eine Heimat bekam - Eine Satire, in: Ulrich Kamp (Hg.), Handbuch Medien: Offene Kanäle, Bonn 1997, S. 111-115.

Artikel „Bundestag“ (S. 83-95), „Land (Freistaat) Bayern“ (S. 255-263), „Vertrauensfrage“ (S. 583-584) in: Uwe Andersen/Wieland Noyke, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarbeitete Aufl., Opladen 1997.

Dr. Peter Hämpe:

Auf der Suche nach Auswegen aus den Dogmen der Währungstheologie (zs.m.H. Büttner). In: Die Globalisierung der Finanzmärkte. Auswirkungen auf den Standort Deutschland (Hrsg. zus.m.H. Büttner). Mainz, München: v. Hase & Köhler 1996. (= Tutzinger Schriften zur Politik, Bd.4)

Sinn und Konzept der Europäischen Währungsunion. In: Forum Politikunterricht, H.3 (1997), S.14-23..

Imperialism. In: L.Paulig, E. Laszlo, J.Y.Yoo (eds.): World Encyclopedia of Peace, Vol.1. Oxford u.a.: 1997 (revised article of the 2.ed.)

Dr. Horst Denzer:

Samuel Pufendorf. In: Hauptwerke der politischen Theorie. Hrsg.: Theo Stammen u.a. Stuttgart: Kröner 1997, S.403 ff.

Samuel Pufendorf. In: Theologische Realencyklopädie (TRE), Bd.28, S.3ff.

Dr. Michael Piazolo:

Die Europäische Union - ein Überblick. München: Akademie-Verlag 1997.

Abendkurs „Europäische Union“. Materialien für WS 1996/97 und SS 1997, C.I.F.E. München: Eigenverl. 1997.

Dr. Jürgen Weber:

(Hrsg.): Das Jahr 1949 in der deutschen Geschichte. Die doppelte Staatsgründung. München 1997.414 S.

Totalitäre Herrschaft und Zweiter Weltkrieg. In: Treffpunkt der Geschichte, Bd.3: Vom Zeitalter der Nationalstaaten bis zum Zweiten Weltkrieg. Hrsg. v. Harro Brack u. Dieter Brückner. Bamberg 1997, S.179-253.

Sozialistische Demokratie. In: Lexikon des DDR-Sozialismus. Hrsg. v. Eppelmann u.a., Bd. 1.2. - 2., aktualis. u. erw. Aufl. 1997, S.198-203.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

Nr. 30 30. 3. - 1. 4.	Nachbar Tschechien 2. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen Leitung: Denzer	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 31* 6. - 9. 4.	Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft? Tagung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Deutschlandforschung Leitung: Maruhn	Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
Nr. 33 17. - 19. 4.	Germany Today Politische Landeskunde mit US-Lehrern (auf englisch) Leitung: Grosch	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 34* 17. - 18. 4.	Rechtsextremismus in Gesellschaft und Parteienlandschaft der Bundesrepublik Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 35* 20. - 22. 4.	Neuere Didaktik der politischen Bildung Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 36* 22. - 24. 4.	Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Willenborg/Münchenbach/Ohgke	Sekr: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 37* 24. - 26. 4.	Geheimdienste und die Bedeutung der Spionage im Ersten Weltkrieg Internationale Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V. Leitung: Weber	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 38 27. - 30. 4.	Wahlkampf in Medien - Medien im Wahlkampf Fachtagung für Journalisten von Tageszeitungen Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Die Ergebnisse der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission auf dem Prüfstand

Nr. 30/1, 3. - 5. April 1998 *Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter* *Sekretariat: Barbara Weisenborn*
Tagungsgebühr: DM 100,- *Dr. Peter Hampe* *Tel. 08158/256-47*
(ermäßigt: DM 50,-)

Im November 1997 hat die „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ die Ergebnisse ihrer Analysen zum Themenfeld „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihr Ruf nach Mentalitätswandel und wirtschaftlicher Erneuerung, um den Weg für eine unternehmerische Wissensgesellschaft zu öffnen, aber auch

ihre Empfehlungen, politische Zuständigkeiten zu regionalisieren und die sozialen Sicherungssysteme grundlegend zu reformieren, haben in der Öffentlichkeit lebhafte, vor allem auch kritische Resonanz ausgelöst. Die Akademie will mit ihrer Tagung die Thesen der Kommission dem Kreuzverhör renommierter Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aussetzen.

Themen Tagungen Termine

Mai

Nr.39*	Politische Bildung und Ästhetik in Digitalen Welten	
4. - 8. 5.	Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
	Leitung: Diemer/Büchner	
Nr.40*	Massenmedien und Politik	
4. - 8. 5.	Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
	Leitung: Schröder/Lippert	
Nr.41*	Deutschland vor den Wahlen	
11. - 14. 5.	Leitung: Diemer	Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
Nr.42	Der Europa-Gedanke in der außerschulischen Erwachsenenbildung	
11. - 13. 5.	Fachtagung für Erwachsenenbildner	
	Leitung: Piazolo	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.44	Phoenix in der Asche? Das unbekannte Wesen Ereigniskanal	
18. - 19. 5.	Leitung: Oberreuter/Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr.45*	Kampf der Kulturen oder Integration?	
25. - 28. 5.	Leitung: Grosch/Willenborg	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.46	Politik hinterfragt - Recherchetraining	
25. - 29. 5.	Methoden des investigativen Journalismus	
	Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft - Eine Erfolgsstory vor dem Ende?

Nr. 43, 14. - 16. Mai 1998
Tagungsgebühr: DM 150,-
(ermäßigt: DM 75,-)

Leitung: Dr. Peter Hampe
Dr. Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz
Tel. 08158/256-50

Die Währungsreform vor 50 Jahren und die zeitgleiche Einführung der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen sich als ein Glücksfall für die deutsche Nachkriegsgeschichte. Die vielgerühmte Stabilität der bundesdeutschen Demokratie und ihre Einwurzelung im Gefühlshaushalt der Bürger wären so schnell nicht Wirklichkeit geworden ohne das sprichwörtliche „Wirtschaftswunder“ mit der D-Mark als weltweit anerkannter Währung.

Das Jubiläum nimmt die Akademie zum Anlaß, um auf einer Expertenkonferenz die vergangenen Jahrzehnte in Erinnerung zu rufen, Entwicklungen und Fehlentwicklungen der Sozialen Marktwirtschaft sowie unseres Sozialstaates zu untersuchen und die Erfolge sowie vor allem den Reformbedarf zu diskutieren. Es geht dabei u.a. um folgende Themen:

- Erfahrungen und Reformbedarf des bundesdeutschen Sozialstaates (C. Christian v. Weizsäcker)
- Bilanz und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft (Staatssekretär a.D. Schlecht)
- Unabhängigkeit von Zentralbanken (Bundesbankpräsident a.D. Schlesinger)
- Die D-Mark in der internationalen Währungspolitik (Wilhelm Hankel)
- Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft (Volker Hentschel)
- Was kommt nach der D-Mark? (Podiumsdiskussion)

Themen Tagungen Termine

Juni

Nr.47 2. - 5. 6.	Welche Menschen braucht die Demokratie? Pfingst-Symposium Leitung: Hättich	Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
Nr.49 5. - 7. 6.	Politischer Extremismus und Demokratie Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr.50* 15. - 18. 6.	Wirtschaftskrise und Sozialpolitik Leitung: Willenborg	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.51* 19. - 21. 6.	Sachverständ im Konflikt Frauen in Naturwissenschaft und Technik (Frauenbeauftragte bayerischer Hochschulen) Leitung: Grosch	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.51/1 21. 6.	Europäischer Tetralog in Passau Leitung: Oberreuter	Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
Nr.52* 22. - 26. 6.	Die Zukunft des Sozialstaates Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.53* 22. - 26. 6.	Zukunftsfähige Lebensformen als gesellschaftliche Aufgabe (Zukunftswerkstatt) Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Hampe/Zimmermann	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr.55* 30. 6. - 2. 7.	Wahlen in Deutschland Leitung: Diemer/Weber	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr.55a* 30. 6. - 2. 7.	Politisches Lernen mit PC und PZ Fachtagung für politische Bildner in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Wenig Arbeit, aber viel zu tun! Was kann die „neue Bürgergesellschaft“ leisten?

Nr. 54, 26. - 28. Juni 1998 **Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** **Sekretariat: Barbara Weisenborn**
Tagungsgebühr: DM 90,- **Uwe Kranenpohl, M.A.** **Tel. 08158/256-47**
(ermäßigt: DM 45,-)

Die Entwicklung einer „neuen Bürgergesellschaft“ mit einem neuformulierten Gesellschaftsvertrag und einer spezifischen „Verantwortungskultur“ wird in der öffentlichen Diskussion zunehmend als einziger Ausweg aus der Falle der Arbeitslosigkeit gesehen. Wenn das Individuum - im Rahmen seiner Möglichkeiten - künftig mehr Verantwortung für sich und die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen es lebt, übernimmt, han-

delt es sich aber nicht allein um jenen Notnagel, der sicherstellen kann, daß unser Wohlstand in Zukunft nicht allzu sehr sinkt. Die Wiederentdeckung des Einzelnen kann dazu beitragen, daß sich Solidarität künftig weniger am Handeln des Sozialstaats orientiert, der - wie mitunter beklagt wird - diese eher „vollstrecke“ als praktiziere, sondern gesellschaftlicher Gemeinsinn entsteht, der sich am Individuum und seinen Möglichkeiten orientiert.

Zeitung-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Wissen und Kennen gegen Fundamentalismus

Über das Akademiegespräch im Landtag mit dem Hamburger Orientalisten Prof. Dr. Udo Steinbach zum Thema "Ende des christlichen Abendlands?" schreibt Florian Weigand im "Straubinger Tagblatt":

"Steinbach konnte nur 'Denkachsen' anbieten. Denn das im Grundgesetz verankerte Gebot der freien Religionsausübung befriedige nur eine Handvoll moslemischer Konvertiten deutscher Abstammung. Für die große Mehrzahl der im Islam Geborenen gelten aber andere Spielregeln: Im Gegensatz zur 'spirituellen Gemeinschaft' des Christentums mit seinem ursprünglich staatsfernen Blick auf das Jenseits, versteht sich die 'Umma' (Gemeinschaft) des Islam schon seit den Tagen des Religionsgründers Mohammed als Einheit von Glauben, gesellschaftlichem Leben und Politik. Nur in Ausnahmefällen der 'Dahura' (Notwendigkeit) kann ein gläubiger Moslem außerhalb dieser Rahmenbedingungen existieren. Doch schon seit der christlichen Besatzungszeit im Vorderen Orient während der Kreuzzüge waren die islamischen Gelehrten von der prinzipiellen Unmöglichkeit dieser Lebensweise überzeugt. 'Bis heute hat sich daran nichts geändert', so die Analyse Steinbachs. Das schafft Konflikte. So würde beispielsweise die Trennung von Kirche und Staat unmöglich, die untergeordnete Stellung der Frau im Islam steht in krassem Widerspruch zu westlichen Normen. Diese Früchte der europäischen Aufklärung sind aber vielen Moslems nach wie vor fremd, begreifen sie geradezu als kulturellen Imperialismus, der ihre eigenen Traditionen mißachtet. Hoffnung sieht Steinbach jedoch im Fehlen einer einheitlichen Auslegung des Korans - an-

ders als in der katholischen Kirche - und plädiert daher nachdrücklich für die Schaffung eines 'europäischen', hierzulande 'deutschen Islams'. 'Das erfordert viel Toleranz von bei-

Ansprechpartner für die Politik unerlässlich sei.'

Das Akademiegespräch mit Steinbachs Vortrag und der anschließenden Diskussion erscheint demnächst als Broschüre und ist über den Landtag und die Akademie kostenlos zu beziehen.

Die Grünen – schon so normal wie die anderen Parteien?

Unter dieser Überschrift schreibt Herbert Fuehr in den "Nürnberger Nachrichten" über den "Grünen-Kongreß" der Akademie:

"Politikwissenschaftler wie Peter Lösch (Universität Göttingen) und Heinrich Oberreuter (der Akademiedirektor, der in Würzburg auch die 'Garzweilerei' einführte) sehen in Bündnis 90/Grünen 'nicht mehr das Gegenbild der Etablierten'; sie seien nicht weniger professionalisiert und genau so an Personen (Joschka Fischer!) orientiert. Mit dieser Anpassung an die anderen Parteien kämen Begleiterscheinungen - etwa die Differenzen mit Aufrufen zur Geschlossenheit zu überspielen. Möglicherweise, so spitzt Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) zu, seien die Grünen 'harmoniebeflissen wie die CDU, nachgiebig wie die SPD und beliebig wie die FDP'.

Gerald Häfner von den bayerischen Grünen warnt vor solchen Einschätzungen: 'Wir haben uns verändert, aber auch die Politik hat sich verändert, und das haben wir zum großen Teil bewirkt'. Die Grünen hätten alte Politikvorstellungen durchbrochen, und deshalb dürfe man sie jetzt nicht in Schubladen stecken. Auch Claudia Roth, Sprecherin der Grünen im Europaparlament, beschwört die Wurzeln und wünscht ihrer Partei, sie möge sich auch im Erwachsenenalter 'die jugendliche Frechheit erhalten'.



Prof. Dr. Udo Steinbach
Foto: Schröder

den Seiten', räumt der Wissenschaftler ein. Nur skizzenhaft weist er den Weg: An der ersten Stelle stehe 'Wissen und Kennen', denn der Islam sei 'kein geschlossener Block'. Neben den zwei Hauptströmungen 'Schia' und 'Sunna' gebe es noch viel nationale Facetten, wie den türkischen, algerischen oder ägyptischen Islam. Dabei rechneten sich nur rund 15 Prozent der Moslems zu den militanten Fundamentalisten.

Zweitens: Die islamische Gemeinde darf nicht länger 'am Rande stehen', damit die Einwanderer ihre religiösen Vorstellungen nicht mehr ausschließlich aus ihren Heimatländern beziehen müssen. Daraus resultierend: Die rasche Einrichtung von 'theologischen Fakultäten' für Imame in Deutschland, denn dann wären die jungen Geistlichen nicht länger gezwungen, bei fundamentalistischen Lehrern in Teheran oder Kairo zu studieren. Zudem müsse sich in Deutschland eine kirchenartige Dachorganisation bilden, die im Islam zwar keine Tradition habe und bislang fehle, aber als

Zeitung-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Davon ist tatsächlich noch etwas geblieben, wie Häfner stolz anmerkt, als Teil einer 'faszinierenden Erfolgsstory'. Von der ist nur Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer nicht angetan - weil er davon überzeugt ist, daß diese Geschichte den größten Teil schon hinter sich hat."

Viele Wähler sind derzeit ratlos

Werner vom Busch schreibt im "Nordbayerischen Kurier" über die Tagung "Politikstillstand durch Reformunfähigkeit":

"Allerdings hatte die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch (München) in einem erhellenden Referat tags zuvor deutlich gemacht, daß gerade der Bundesrat und das föderale Prinzip als Sündenbock für Reformstaus ungeeignet sei. Oft genug werde der Föderalismus vorgeschnoben, weil Politiker die sehr vielschichtigen Probleme im politischen Entscheidungsprozeß nicht erklären könnten oder wollten. Und schließlich garantiere gerade der Föderalismus den so vehement auch von Olaf Henkel geforderten 'gesunden Wettbewerb zwischen den Ländern'. Der 'Wettbewerb der Ideen', so Professorin Münch, 'sei ein Hauptvorteil föderativer Systeme, und den gelte es auszubauen.' Die anwesenden Politiker warnten vor der Hoffnung, man müsse dem Volk nur ehrlich die Wahrheit sagen und dann würde es die schon honorieren. Rüdiger Fikentscher, Fraktionsvorsitzender der SPD in Sachsen-Anhalt, erzählte: Die größte Enttäuschung habe seine Partei bei der Wahl 1990 erlebt, bei der man dem Wähler, nebst einer ausdrücklichen Zustimmung zu derselben, auch auf die hohen Kosten der Wiedervereinigung hingewiesen habe, was die Regierungsparteien so nicht taten. Die SPD verlor damals die Bundestagswahlen. Fazit von Fikentscher: 'Die Politiker müssen

nicht nur die Wirklichkeit kennen, sondern auch, wie sie von der Bevölkerung wahrgenommen wird'."

Land der zwei Geschwindigkeiten

Unter dieser Überschrift erschien im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ am 29./30.11.97 ein Bericht über das Podiumsgespräch mit Bayerns DGB-Chef Schösser und Industriepresident Scholz.

Woran krankt der Wirtschaftsstandort Deutschland wirklich? Oder wurde er nur im Sinne einer „selffullfilling prophecy“ krank geredet? Dies waren die Kernfragen einer Podiumsdiskussion in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Moderator Peter Hampe erinnerte an Karl Schiller, für den Wirtschaftspolitik zu 50 Prozent Psychologie war. Manfred Scholz,

hätte und auf der anderen die Politik, die dringend nötige Reformen verschleppe. „Was hat die Politik an Rahmenbedingungen wirklich geändert? Wo ist die geistige und moralische Führung in diesem Lande, die die Dinge einmal wirklich angeht?“, fragte Scholz. Wo muß der Hebel als erstes angesetzt werden? Scholz zitierte Helmut Schmidt: „Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze der Zukunft.“ Gerade diese seien aber in beängstigender Weise zurückgegangen; in- und ausländische Unternehmen warteten nun vor allem auf eine Verbesserung des Investitionsklimas durch die überfällige Steuerreform. Ausländische Investoren sähen nämlich oft nur die im Vergleich extrem hohen Spitzensteuersätze. Welchen Beitrag können die Tarifpartner leisten? Mit Fritz Schösser, dem bayerischen DGB-Vorsitzenden, sah sich Scholz einig in der Beibehaltung des Flächentarifvertrags; er müsse nur geändert und um Öffnungsklauseln nach Branchen, Regionen und Betrieben erweitert werden. Schösser lehnte im übrigen eine Vermögensbildung für Arbeitnehmer in Form von Aktien, wie sie Scholz gefordert hatte, als ungeeignet ab, weil sie zu wenigen Arbeitnehmern zugute käme und zu risikoreich sei. Er favorisierte dagegen einen Ausbau der betrieblichen Altersversorgung. Schösser mahnte, auch darin mit Scholz übereinstimmend, daß die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik wieder zu „Mechanismen der sozialen Verträglichkeit“ kommen müsse: „Wenn wir dies nicht verwirklichen, besteht die Gefahr, daß sich unser System in Zukunft selbst in Frage stellt.“



v.l.n.r. Fritz Schösser, Peter Hampe,
Manfred Scholz

Foto: Kühbauch

Präsident des Verbandes der bayerischen Industrie knüpfte daran an: „Wir haben als Wirtschaft unter einem Bundeskanzler Schmidt und einem Wirtschaftsminister Schiller außerordentlich gut gelebt. Wie eine neue Regierung in Bonn aussehen würde, das weiß ich heute nicht, aber ich sehe keinen Schmidt und keinen Schiller.“ Deutschland sei gegenwärtig ein Land der zwei Geschwindigkeiten, auf der einen Seite der Wirtschaft, die in einem harten Restrukturierungsprozeß wieder Wettbewerbsfähigkeit erlangt

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Postvertriebsstück
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTÖR:

Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter war zu Vorträgen und Podien u.a. in Bonn, München, Würzburg, Regensburg, Miltenberg und Passau. In Tutzing bestritt er mit der bayerischen SPD- Vorsitzenden Renate Schmidt ein Sonntagsgespräch zum Thema: „Bildungsreform - Wer muß sich ändern?“

KOLLEGIUM:

Dr. Peter Hampe wird im Rahmen eines Lehrauftrages an der Technischen Universität Dresden im Sommersemester (in Blockveranstaltungen) über „50 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ lesen.

Dr. Jürgen Weber hielt Vorträge im Rahmen von Seminarveranstaltungen der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching und des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft in Augsburg über aktuelle Fragen der Demokratie und des Verbändewesens.

VERWALTUNG:

Franz Graf, Dienstwagenfahrer der Akademie seit 1. 10. 1971, ist Ende des Jahres 1997 in den Ruhestand gegangen. In den vergangenen 26 Jahren hat Herr Graf drei Akademiedirektoren immer sicher und souverän ans Ziel gebracht. Wir danken Herrn Graf für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz.

Seine Nachfolge hat **Konrad Lutzke** angetreten, der bisher die Funktion des Gärtners in der Akademie hatte.

Neuer Gärtner für das weitläufige Akademiegelände ist seit 16. 2. 1998 **Fridolin Baur**.

Als neue Mitarbeiterin im Sekretariat konnten wir ab 1. 12. 1997 Gertraud Jonas begrüßen.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name _____ Vorname _____

Straße

PLZ Ort

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution:..... **Geburtsjahr:**.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre Ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenerhebung der Akademie für politische Bildung Tützing.